

### Rußland und die GUS: auf der Suche nach einem neuen Modell wirtschaftlicher Zusammenarbeit

Grinberg, Ruslan; Kosikova, Lidija

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Grinberg, R., & Kosikova, L. (1997). *Rußland und die GUS: auf der Suche nach einem neuen Modell wirtschaftlicher Zusammenarbeit*. (Berichte / BIOst, 50-1997). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-43272>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

#### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1997 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,  
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet-Adresse: <http://www.uni-koeln.de/extern/biost>

ISSN 0435-7183



## Inhalt

	Seite
Kurzfassung.....	3
1. Transformationsprozesse in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen Rußland und den GUS-Ländern 1992-1996: Desintegrations- und Integrationstendenzen .....	7
1.1 Veränderungen in den Handelsbeziehungen .....	7
1.2 Integrationsaktivitäten der Marktsubjekte: Beginnende Transnationalisierung von Produktion und Finanzbereich.....	18
2. Die Außenwirtschaftspolitik Rußlands in der GUS-Region: Widersprüche auf dem Weg der multilateralen Integration .....	29
3. Subregionale Wirtschaftsgruppierungen in der GUS mit Beteiligung Rußlands .....	33
Summary .....	41

27. November 1997

Dieser Bericht ist aus einem Forschungsauftrag des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien hervorgegangen. Die Verfasser sind leitende Mitarbeiter am Institut für internationale wirtschaftliche und politische Studien (IMEPI), Moskau.

Redaktion: Brigitta Godel/Christian Meier

Übersetzung: Bernd Bentlin



**Ruslan Grinberg/Lidija Kosikova**

## **Rußland und die GUS**

Auf der Suche nach einem neuen Modell wirtschaftlicher Zusammenarbeit

Bericht des BIOst Nr. 50/1997

### **Kurzfassung**

#### *Vorbemerkung*

Im Dezember 1996 beging die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) den fünften Jahrestag ihrer Gründung. In dem zurückliegenden Zeitraum haben im System der wirtschaftlichen Verbindungen Rußlands mit den übrigen ehemaligen Unionsrepubliken der UdSSR sowie aller GUS-Länder mit der übrigen Welt tiefgreifende Veränderungen stattgefunden.

Zum ersten haben die gegenseitigen Beziehungen rasch und unumkehrbar den Charakter binnenwirtschaftlicher Verbindungen im Rahmen eines einheitlichen, unter den Bedingungen einer zentralisierten Planwirtschaft entstandenen Wirtschaftskomplexes verloren. Seit dem endgültigen Zerfall der "Rubelzone" im Jahre 1993 gründen alle GUS-Länder ihre wechselseitigen Beziehungen auf die Prinzipien zwischenstaatlicher Wirtschaftsbeziehungen und orientieren sich an den Bedingungen des Welthandels.

Zum zweiten basieren heute die Wirtschaftsverbindungen zwischen den Ländern auf den Prinzipien der Achtung der Souveränität und der nationalstaatlichen Interessen der GUS-Länder, unabhängig von deren wirtschaftlichem Potential. Jeder, auch der kleinste der GUS-Staaten geht, wenn er im postsowjetischen Raum tätig ist, von seinen eigenen Vorstellungen von wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit aus, und das gilt auch für die bilateralen Beziehungen zu Rußland.

Zum dritten hat die gesamte Region der ehemaligen UdSSR – Rußland und seine Partner in der GUS, dazu die baltischen Staaten – aufgehört, eine autarke, für die Weltgemeinschaft unzugängliche Handelszone zu sein. Dieses riesige Territorium, das bis vor kurzem als "Reservezone des Weltmarkts" bezeichnet wurde, ist durch die in Gang gesetzten politischen und wirtschaftlichen Reformen auf einmal stark in die weltwirtschaftlichen Prozesse einbezogen worden. Der GUS-Markt wird gegenwärtig zum Ort des Konkurrenzkampfes internationaler Monopole und transnationaler Korporationen, hier stoßen die Interessen der internationalen und der russischen Geschäftswelt aufeinander. Die "Öffnung" der Märkte der GUS-Länder fand buchstäblich in Form eines Schocks statt, was auf alle Seiten ihrer binnen- und außenwirtschaftlichen Entwicklung starke Auswirkungen hat.

Zum vierten findet vor dem Hintergrund seiner Öffnung eine weitere innere Strukturierung des regionalen GUS-Marktes statt, und es zeichnen sich Tendenzen einer subregionalen Integration und der Bildung wirtschaftlicher Gruppierungen einzelner Länder ab, und zwar sowohl mit als auch ohne Beteiligung Rußlands.

Alle diese neuen Tendenzen machen es erforderlich, sie zu analysieren und zu verallgemeinern, zumal die Bewertungen der verschiedenen Experten, vor allem in Fragen der wirtschaftlichen Integration der Länder der Region, erheblich auseinandergehen.

Die Verfasser dieses Berichts haben sich das Ziel gesetzt, den gegenwärtigen Zustand der Wirtschaftsverbindungen zwischen Rußland und den GUS-Staaten sowie die nach dem Auseinanderbrechen der UdSSR eingetretenen hauptsächlichsten Veränderungen (Zeitraum 1992-1996) zu beschreiben. Des weiteren wollen sie die wichtigsten Desintegrations- und Integrationstendenzen aufzeigen, die realen Prozesse des wirtschaftlichen Zusammenwirkens mit den bestehenden Idealmodellen und den von den politischen Eliten ins Gespräch gebrachten Konzeptionen multilateraler Integration vergleichen sowie mögliche Szenarien der Entwicklung der Beziehungen Rußlands zu den übrigen Staaten der GUS in der nächsten Zeit beschreiben. Dabei haben sie sowohl Ansätze zu einer Integration "von unten" als auch den politischen Druck "von oben" im Blick.

### *Ergebnisse*

1. Der wichtigste Indikator für Verschiebungen im System der Beziehungen der GUS-Länder untereinander ist der regionale Handel und sein Verhältnis zum Austausch über die Grenzen der Region hinaus. Eine Analyse der Dynamik des Warenaustausches Rußlands mit den anderen GUS-Ländern im Zeitraum 1992-1996 hat deutlich gemacht, daß der wechselseitige Handel mehrere Entwicklungsphasen durchlaufen hat: tiefe Rezession (1992-1994) – Stabilisierung (1995) – allmähliche Zunahme des Umfangs (1996). Der "Gipfel" des Zerfalls der Verbindungen ist schon überschritten, was aber nicht im Widerspruch zu einer deutlichen Tendenz zur Desintegration steht. Eine geringfügige Belebung des gegenseitigen Handels, vor allem infolge des Preisanstiegs bei den einander gelieferten Gütern, findet statt, während sich ausnahmslos alle Länder in ihrem Außenhandel umorientieren und immer mehr "auseinanderlaufen".

Heute sind die GUS-Länder für Rußland, gemessen an ihrem Anteil am gesamten Warenumsatz (1996 ca. 25%), keine vorrangigen Handelspartner mehr, so wie auch Rußland für die übrigen GUS-Länder keine Dominante in den Außenbeziehungen mehr ist: Auf Rußland entfallen in deren Warenumsatz von minimalen 4% (Turkmenistan) über durchschnittlich 15-23% bei Ländern wie Aserbaidshan, Armenien, Kirgisien und Usbekistan bis zu maximal 40-47% bei Moldawien, Kasachstan, Ukraine und Weißrußland. Es hat sich gezeigt, daß der sogenannte Faktor der gegenseitigen Abhängigkeit der Wirtschaften unter den Bedingungen des Übergangs zum Markt und der Liberalisierung der Außenbeziehungen äußerst instabil ist.

2. Radikal geändert hat sich der Mechanismus des wechselseitigen Handels: Vom früheren System des zwischenstaatlichen Handels ist so gut wie nichts übriggeblieben. Infolge des

Entstaatlichungsprozesses sind Pflichtlieferungen durch grenzüberschreitende Handelsbeziehungen der Marktsubjekte ersetzt worden. Der Staatshandelsanteil am Gesamtvolumen der Lieferungen zwischen Rußland und den anderen GUS-Ländern betrug im ersten Quartal 1996 nur 0,5%, während es 1993 noch 10% und 1995 4-6% waren.

3. Das Gesamtbild der Handelsbeziehungen in der GUS ist stark differenziert: Praktisch für jedes Länderpaar (Rußland-Weißrußland, Rußland-Ukraine, Rußland-Aserbaidschan u.ä.) existiert eine besondere Handelsordnung mit eigenen Einschränkungen und Ausnahmen und mit unterschiedlicher Besteuerung des Exports und Imports. Zu diesen bilateralen Regelungen kommen noch einige regionale Wirtschaftsgruppierungen nach der Art von Zollunionen (die "Zweierunion" Rußland-Weißrußland und die "Viererunion" – dieselben plus Kasachstan und Kirgisien), die ihre eigenen "Spielregeln" haben, was eine koordinierte Außenwirtschaftspolitik in der Region erschwert.  
Die Handels- und Zahlungsbeziehungen zwischen den Mitgliedsländern der GUS haben sich radikal gewandelt. Vergangenheit sind das bilaterale zwischenstaatliche Tauschclearing, das Abrechnen über Korrespondenzkonten bei den Zentralbanken und Tauschgeschäfte der unmittelbaren Warenproduzenten. Heute dominieren Verrechnungen in den nationalen Währungen über Korrespondenzkonten bei Geschäftsbanken, auf die 1995 55% aller Verrechnungen entfielen, gegenüber 15% im Jahre 1993.
4. Während im Handel Desintegration stattfindet, machen sich in der Produktion und im Finanzbereich – vorerst noch schwache – Integrationstendenzen bemerkbar, die durch marktwirtschaftliche Reformen stimuliert werden. Die auf Integration ausgerichtete Aktivität der Marktsubjekte – Geschäfts- und Finanzwelt – wird auf der Mikroebene der Wirtschaftssysteme durch eine Reihe von Faktoren sowohl wirtschaftlicher als auch politischer Art eingeschränkt. Allerdings wird die Präsenz russischer Firmen und Banken in der Wirtschaft der GUS-Länder schon immer spürbarer.
5. Die Außenwirtschaftspolitik Rußlands gegenüber den Ländern der GUS hat sich im Zeitraum 1992-1996 verändert. Sie ist pragmatischer und flexibler geworden, sie berücksichtigt die Heterogenität des postsowjetischen Wirtschaftsraums ebenso wie die eigenen wirtschaftlichen Interessen und Möglichkeiten Rußlands bei einer Vereinigung der Staaten der Gemeinschaft zu einer konkurrenzfähigen integrierten Gruppierung.  
Zugleich leidet die im "Strategischen Kurs Rußlands gegenüber den Teilnehmerstaaten der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten" festgelegte und durch Erlaß des Präsidenten der Russischen Föderation vom 14. September 1995 bestätigte offizielle Doktrin noch an einem gewissen Idealismus, indem sie vom Wünschenswerten und nicht vom Tatsächlichen ausgeht. Obwohl die Konzeption der schrittweisen Bildung einer Wirtschaftsunion der GUS-Länder nur schleppend und äußerst ineffektiv realisiert wird, werden andere Modelle des Zusammenwirkens auf der offiziellen Ebene überhaupt nicht in Betracht gezogen. Die bislang letzte Kurskorrektur beschränkte sich auf die Formel einer GUS-Integration mit verschiedenen Geschwindigkeiten und auf vielen Ebenen, je nach der Bereitschaft der Partner, mehr oder weniger feste Formen der Zusammenarbeit mit Rußland einzugehen.



6. Real erreicht wurde auf dem Weg der Integration Rußlands mit den anderen GUS-Ländern die Errichtung von zwei Wirtschaftsunionen in den Jahren 1995-1996: der Vierer-Zollunion Rußland-Weißrußland-Kasachstan-Kirgisien und der Gemeinschaft Rußland-Weißrußland. Wie aber die Analyse zeigt, ist die Vierergemeinschaft mit vielen inneren Widersprüchen rein wirtschaftlicher Art behaftet, was ihre Zollunion äußerst instabil und für andere GUS-Länder wenig attraktiv macht. Noch weniger klar ist die ökonomische Natur des russischweißrussischen "Zweierbundes", der als die am weitesten fortgeschrittene Integrationsgruppierung gilt. Der Koordinationsgrad bei der Durchführung der Wirtschaftspolitik, einschließlich des Außenhandels, ist in den beiden genannten Unionen sehr schwach, was von der Verwundbarkeit dieser Vereinigungen als multilaterale Gebilde ebenso zeugt wie vom vorwiegend politischen und weniger ökonomischen Hintergrund ihrer Entstehung.

# **1. Transformationsprozesse in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen Rußland und den GUS-Ländern 1992-1996: Desintegrations- und Integrationstendenzen**

## ***1.1 Veränderungen in den Handelsbeziehungen***

Die wichtigsten Indikatoren für Verschiebungen im System der gegenseitigen Handelsbeziehungen der GUS-Staaten sind die Kennziffern des regionalen Handels, insbesondere die Werte für die Dynamik und Struktur des Warenaustausches. Die statistische Analyse der Volumen und der geographischen Struktur des wechselseitigen Handels hat vor allem gezeigt, daß die Desintegrationstendenzen bei den Handelsverbindungen Rußlands mit den ehemaligen Unionsrepubliken nach wie vor anhalten, auch wenn diese Tatsache heute nicht selten geleugnet wird mit der Begründung, daß seit 1995 bei den Volumen des gegenseitigen Warenumsatzes eine gewisse Zunahme zu verzeichnen sei.

Zu den konkreten Zahlen: Das Gesamtvolumen des russischen Außenhandels für 1991 wurde auf ca. 210 Mrd. Dollar geschätzt, davon entfielen auf die ehemaligen Unionsrepubliken der UdSSR ca. 115 Mrd. und auf das Ausland 95 Mrd. Dollar.<sup>1</sup> Von 1992 bis 1994 fiel der Außenhandelsumsatz der Russischen Föderation auf 105 Mrd. Dollar, d.h. um die Hälfte, verglichen mit dem Stand von 1991; dabei betrug der Handel mit den GUS-Ländern 1994 lediglich 24 Mrd. Dollar bzw. 21% des Standes von 1991 und mit der übrigen Welt einschließlich der baltischen Staaten 81 Mrd. Dollar (s. Tabelle 1). Somit standen die ersten drei Jahre der Existenz der GUS im Zeichen eines rapiden Rückgangs im Warenumsatz zwischen Rußland und den neuen unabhängigen Staaten, während gleichzeitig wegen der allgemeinen Wirtschaftskrise in den Staaten mit einer Übergangswirtschaft der Außenhandel insgesamt abnahm. Dabei war der Rückgang im Handel Rußlands mit dem "nahen Ausland" von längerer Dauer – er zog sich bis Anfang 1995 hin, während sich im Austausch mit dem "fernen Ausland" schon 1994 ein Aufschwung in Form erhöhter Importe wie auch Exporte bemerkbar machte.

Das krisenhafteste Jahr für den Außenwirtschaftsbereich Rußlands war das Jahr 1993, als nur minimale Werte für den Außenhandelsumschlag verzeichnet wurden, was vor allem auf den scharfen Rückgang der Produktion zurückzuführen war. Im Handel mit den Partnerstaaten der GUS wurde der Tiefpunkt 1994 erreicht, was eine Folge der endgültigen Desorganisation des früheren Systems der Verbindungen zwischen den Republiken im vorangegangenen Jahr war. Es sei daran erinnert, daß 1993 die Rubelzone zerfiel, nationale Währungen eingeführt wurden sowie das Verrechnungs- und Zahlungssystem im Rahmen der GUS erheblich kompliziert wurde. Dazu kam, daß Rußland die technische Kreditierung im bilateralen

---

<sup>1</sup> Nach Angaben des Ministeriums für Außenhandelsbeziehungen der UdSSR. In: *Promyšlennyj vestnik Ros-sii*, Nr. 5/1995, S. 29.

Handel abschaffte und sie durch die Praxis der Vergabe von Staatskrediten an die anderen GUS-Länder ersetzte.<sup>2</sup>

Somit hat sich die Intensität des zwischenstaatlichen Austausches von Waren und Dienstleistungen von Jahr zu Jahr verringert. Das Handelsvolumen Rußlands mit den anderen GUS-Ländern ist im Vergleich zum jeweils vorangegangenen Jahr folgendermaßen zurückgegangen: 1992:1991 um 76%; 1993:1992 um 28%; 1994:1993 um 12%.<sup>3</sup>

Tabelle 1

Dynamik des Außenhandelsumsatzes Rußlands mit den übrigen GUS-Ländern 1991-1996

	1991 <sup>a</sup>	1992	1993	1994	1995	Mio. Dollar	
						Jan. – Juni	Prognose
Volumen des Warenumsatzes mit den GUS-Ländern	114.616 <sup>a</sup>	37.824	27.234	24.178	27.770	18.167,0	35.000
Gesamter Warenumsatz Rußlands	210.000 <sup>a</sup>	117.184	98.338	105.523	126.591	71.513	135.000
Warenumsatz mit dem Ausland	95.384 <sup>a</sup>	79.360 <sup>b</sup>	71.104 <sup>b</sup>	81.345 <sup>b</sup>	98.821 <sup>b</sup>	53.346,0 <sup>b</sup>	100.000
Anteil von Ländergruppen am Gesamtvolumen des Warenumsatzes Rußland-GUS, %	54,6	32,3	27,7	22,9	21,9	25,4	26,0
übriges Ausland, %	45,4	67,7	72,3	77,1	78,1	74,6	74,0

<sup>a</sup> Für 1991 ist für den interrepublikanischen Austausch Rußlands mit den ehemaligen Unionsrepubliken der UdSSR, einschließlich der baltischen Staaten (= 1% des interrepublikanischen Handels), eine Bewertung in Dollar sowie eine Bewertung des Außenhandels angegeben. – Quelle: Ministerium für Außenwirtschaftsbeziehungen der RF.

<sup>b</sup> Einschließlich baltische Länder.

*Quellen:* Statistisches Jahrbuch "Sodružestvo Nezavisimych Gosudarstv v 1995 g.", Moskau 1996, S. 63 und 68; Promyšlennyj vestnik Rossii, Nr. 5/1995, S. 29. Für 1992-1993 wurde der Warenumsatz Rußlands mit der GUS in Rubel bewertet. Daher ist er von den Verfassern auf zweierlei Weise umgerechnet worden: erstens über den gemittelten Kurs des Rubel gegenüber dem Dollar in den entsprechenden Jahren und zweitens über indirekte Angaben des Ministeriums für Zusammenarbeit der RF über das jährliche Tempo des Rückgangs des Handelsvolumens Rußlands mit der GUS, veröffentlicht in der Zeitschrift "Voprosy ekonomiki", Nr. 10/1995, S. 72; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii. Janvar'-ijun' 1996 g. – Operativnaja informacija Goskomstata RF, Moskau 1996, S. 35; Prognose des Ministeriums für Außenwirtschaftsbeziehungen Rußlands für 1996, in: "Delovoj mir", 18.-24.10. 1996.

<sup>2</sup> Lidija Kosikova, Torgovlja stran SNG: ser'eznye problemy, in: "Interlink", Nr. 2/1993, S. 24.

<sup>3</sup> Voprosy ekonomiki, Nr. 10/1995, S. 72, sowie eigene Berechnungen.

Diese Dynamik des Warenumsatzes hat zu einer radikalen Umorientierung des russischen Außenhandels vom Wirtschaftsraum der Ex-UdSSR zum fernen Ausland hin geführt: Hatte der Handelsaustausch mit den Republiken 1991 einen Anteil von 54,6% am Gesamtvolumen des russischen Handels und der mit dem Ausland 45,4%, so änderte sich dieses Verhältnis 1994/95 deutlich zugunsten der Länder der übrigen Welt, auf die 77-78% des Warenumsatzes entfielen, während auf die GUS nur 22-23% des Außenhandels der Russischen Föderation entfielen (s. Tabelle 1). Die seit der zweiten Hälfte 1995 und heute zu beobachtende sowie auch für 1997 prognostizierte Zunahme des Handelsvolumens mit den Ländern der GUS wird das entstandene Verhältnis – drei Viertel des russischen Handels entfallen auf das Ausland außerhalb der GUS und ein Viertel auf die GUS-Staaten – allem Anschein nach nicht grundlegend ändern.

Der Rückgang des Anteils des "nahen Auslands" – d.h. der GUS-Länder – am Außenhandelsumsatz Rußlands um mehr als die Hälfte im Zeitraum 1991-1996 und die Veränderung der Gesamtproportion der Außenhandelsbeziehungen zugunsten des außerregionalen Marktes der Gemeinschaft bestätigt die aufgestellte These von der Desintegration der Wirtschaftsverbindungen. Indessen bedarf die Tatsache, daß im absoluten Volumen des Handels Rußlands mit den GUS-Ländern ein Zuwachs (in laufenden Preisen) zu verzeichnen ist, einer gesonderten Betrachtung, da dieser Umstand nicht selten Gegenstand von Diskussionen und widersprüchlichen Einschätzungen hinsichtlich des Stands der Dinge innerhalb der GUS ist.

Für 1995 hat die Außenhandelsstatistik erstmals einen Zuwachs des Warenumsatzes Rußlands mit den GUS-Ländern um 15% festgestellt. Dabei stand die Zunahme des Handelsvolumens im Zusammenhang mit einer starken Steigerung des Warenimports aus den GUS-Staaten bei nur schwacher Zunahme des russischen Exports in die Region; außerdem war sie auf die für Rußland günstigen *terms of trade* zurückzuführen.

Diese Tendenz konsolidierte sich auch 1996. Im ersten Halbjahr 1996 betrug der gesamte Außenhandelsumsatz Rußlands in laufenden Preisen 71,5 Mrd. Dollar und stieg gegenüber dem ersten Halbjahr 1995 um 7%. Dabei erhöhte sich der Export um 5% auf 41,4 Mrd. Dollar, und der Import wuchs um 11%, auf das Halbjahr gerechnet, und erreichte 30,1 Mrd. Dollar.<sup>4</sup> Der Warenumsatz mit dem nahen Ausland erreichte Ende Juni 1996 18,2 Mrd. Dollar und damit 25,4% vom Gesamtvolumen des Außenhandels. Der Export Rußlands in die GUS-Länder betrug 8,6 und der Import aus der GUS 9,6 Mrd. Dollar. Entsprechend nahm der Anteil des GUS-Marktes spürbar zu, besonders im russischen Import: von 24,1% im ersten Halbjahr 1995 auf 31,7% im ersten Halbjahr 1996, aber auch im Export: von 17,9 auf 20,8% in den entsprechenden Zeiträumen.

In der Warenstruktur des russischen Exports war ein Anstieg des Anteils der Energieträger zu verzeichnen: Er betrug im ersten Halbjahr 1996 knapp 52%, während gleichzeitig der Anteil

---

<sup>4</sup> Laut Angaben des Staatskomitees für Statistik der RF. Im Unterschied zur Zollstatistik berücksichtigen diese Daten auch die Ein- und Ausfuhr im nichtorganisierten Handel und bieten ein Korrektiv zum Export über Pipelines. In: "Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii". Janvar'-ijul' 1996 g., Moskau, S. 35.

von Erzeugnissen des Maschinenbaus auf 16,8% absank.<sup>5</sup> Das hängt mit den nach wie vor steigenden Preisen zusammen: So nahm der Export von Erdgas aus Rußland in die GUS gegenüber dem ersten Halbjahr 1995 wertmäßig etwa um das 1,7fache zu, obwohl das Volumen der Gaslieferungen im Naturalausdruck nur um 10% stieg. Beim Import Rußlands aus der GUS erhöht sich der Anteil von Nahrungsmitteln und Rohstoffen zu ihrer Produktion – sie machten 1996 31% der Käufe aus, während der Anteil von Maschinen und Ausrüstungen auf 17% zurückging. Um das 1,6fache gegenüber dem ersten Halbjahr 1995 stiegen die Käufe von Weißzucker (hauptsächlich aus der Ukraine), um das 3,5fache die Getreidekäufe und um das 1,6fache die Käufe alkoholischer und nichtalkoholischer Getränke (vor allem aus der Ukraine und Moldawien).

Somit erhöht sich der innerregionale Austausch in der GUS zwischen Rußland und seinen Partnern heute nach dem Anstieg der vertraglich vereinbarten Preise für die gegenseitig gelieferten Güter, wobei er sich vereinfacht auf folgendes Schema reduzieren läßt: russische Energieträger gegen Nahrungsmittel und Rohstoffe aus der GUS.

Im zweiten Halbjahr 1996 nahm das Handelsvolumen Rußlands mit den GUS-Staaten weiterhin von Monat zu Monat zu und überholte das Wachstumstempo des Handels mit dem fernen Ausland. Innerhalb von acht Monaten (Januar bis August 1996) erhöhte sich der Handel Rußlands mit dem fernen Ausland nur um 3,2% zu, was hauptsächlich der Zunahme der Exportlieferungen zuzuschreiben ist, während das Handelsvolumen mit den GUS-Ländern im gleichen Zeitraum um 27,2% anstieg, und zwar durch Steigerung des Imports.<sup>6</sup> Laut Schätzung des Ministeriums für Außenwirtschaftsbeziehungen der RF betrug das gesamte Außenhandelsvolumen Rußlands bis Ende 1996 etwa 135 Mrd. Dollar oder etwas mehr und mit den GUS-Ländern 30-35 Mrd. Dollar.<sup>7</sup> Damit kann sich der Anteil dieser Ländergruppe am Warenumsatz bis auf 26% vergrößern (gegenüber 22% 1995).

In den wechselseitigen Handelsbeziehungen Rußlands mit den GUS-Ländern fand also an der Jahreswende 1995/96 ein Umbruch statt: Die von 1992 bis 1994 herrschende Tendenz eines scharfen Rückgangs des Handelsvolumens wurde 1995 durch seine allmähliche Stabilisierung und 1996 durch den Beginn eines Wachstums abgelöst. Es ist aber noch zu früh und allem Anschein nach auch falsch, von einer Rückorientierung der Warenströme vom fernen Ausland auf den GUS-Binnenmarkt und von einer Verstärkung integrativer Tendenzen zu sprechen. Erstens ist, wie schon erwähnt, der Anteil der GUS am Warenumsatz Rußlands mit etwa einem Viertel des gesamten Außenhandels nach wie vor niedrig, und zweitens sind die äußeren Faktoren, die die Desintegration der GUS fördern, noch immer sehr stark. Daher findet die geringfügige Zunahme des Warenumsatzes vor dem Hintergrund einer Schwächung des innerregionalen Warenaustausches und des weiteren "Weglaufens" der einzelnen Länder der Gemeinschaft von Rußland und voneinander statt.

---

<sup>5</sup> Laut Angaben des Staatlichen Zollkomitees der Russischen Föderation. In: BIKI, Nr. 99 (7525), 27.8.1996, S. 2.

<sup>6</sup> Delovoj mir, 18.-24.10.1996.

<sup>7</sup> Ebenda.

Auf die Frage einer Umorientierung der Beziehungen vom GUS-Markt auf das ferne Ausland muß besonders eingegangen werden. Die Desintegrationstendenzen der vergangenen Jahre haben eine Verringerung des Anteils des wechselseitigen Handels in der gesamten GUS-Region zur Folge gehabt: von 53% 1992 auf 40% 1994 und auf 35% 1995. Der gesamte Außenhandelsumsatz der Länder der Gemeinschaft nimmt durch den Export zu, der 1995 106 Mrd. Dollar erreichte (+19% gegenüber 1994). Dies wird ausschließlich durch die Ausfuhr von Waren in die übrigen Länder der Welt erreicht (+27%), während das Exportvolumen der GUS-Länder auf dem eigenen regionalen Markt fast auf dem Stand von 1994 verharrte – der Jahreszuwachs betrug nur +0,7%. Der Anteil aller Exportoperationen der GUS-Länder untereinander ging 1995 auf 26% zurück (gegenüber 31% 1994), der Anteil der übrigen Welt stieg dagegen von 69 auf 74%.<sup>8</sup>

Insgesamt ist aber der Handel der Länder der Gemeinschaft untereinander bis heute gekennzeichnet durch ein Überwiegen des Imports aus den GUS-Ländern gegenüber dem Export in diese Länder (mit Ausnahme der Handelsbilanz Kasachstans, Usbekistans und Turkmenistans). Das heißt, das Interesse der Länder am wechselseitigen Markt ist stärker bei der Versorgung der nationalen Wirtschaften mit importierten Ressourcen und Produkten, während die Exportinteressen heute außerhalb des Rahmens der GUS liegen, denn der Export eigener Rohstoffe und konkurrenzfähiger Produkte ist für ausnahmslos alle GUS-Staaten die Haupteinnahmequelle für frei konvertierbare Währung.

Für Rußland, Tadschikistan, Usbekistan und Aserbajdschan ist der Export in die Länder der übrigen Welt vorrangig geworden: Sein Anteil lag 1995 bei über 60% (60-82%), wobei Rußland nur 18% seiner Exporte in die anderen GUS-Länder tätigte. Der 50%-Marke näherten sich 1995 bei ihren Exporten ins ferne Ausland die Ukraine, Kasachstan und Georgien an (47-48%). Hauptsächlich auf die GUS-Länder orientiert waren nach wie vor Turkmenistan (68% des gesamten Exports), Kirgisien (66%), Moldawien (63%), Armenien und Weißrußland (61-62%).

Die Verschiebungen bei den Importen sind nicht so bedeutend. 1995 stieg das Gesamtvolumen der Importe in der GUS um 17%. Aus den GUS-Ländern wurde um 14% mehr importiert, aus den Staaten des fernen Auslands um 19% mehr. Vorwiegend auf die GUS orientiert ist nach wie vor der Import von Turkmenistan (87% des Gesamtvolumens importierter Güter), Kasachstan, Kirgisien und Weißrußland (69-66%) sowie der Ukraine (63%), während sich Rußland (71%), Aserbajdschan (66%), Georgien (60) und Usbekistan (59%) sowie Armenien (51% im Jahre 1995) fest auf Güter aus dem fernen Ausland konzentriert haben. Dabei haben Aserbajdschan, Georgien und Usbekistan den GUS-Markt in den letzten zwei Jahren "verlassen".

Insgesamt hat sich die Außenwirtschaftspolitik der GUS-Länder 1995 weiter auf die Partner aus dem fernen Ausland hin orientiert, mit denen die Zusammenarbeit gefestigt werden soll.

---

<sup>8</sup> Содружество Независимых Государств в 1995 г. Краткий справочник предварительных статистических итогов. Москва, Январь 1996, S. 95.

Negativ hat sich auf die wechselseitigen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen Rußlands mit den anderen Ländern der Gemeinschaft die selektive Praxis ausgewirkt, mit der die Kurse der nationalen Währungen durch internationale Finanzorganisationen und einige dritte Sponsorenstaaten gestützt wurden. So hat sich der Kurs des armenischen Dram, des georgischen Lari, des kirgisischen Som, des moldawischen Lei, des aserbaidchanischen Manat und des kasachischen Tenge gegenüber dem US-Dollar stabilisiert. Gleichzeitig sind die Kurse dieser Währungen gegenüber dem russischen Rubel gestiegen, was dafür spricht, daß sich die Währungssysteme dieser Länder vorwiegend am amerikanischen Dollar und anderen frei konvertierbaren Währungen des Westens orientieren.

Bei den regionalen Handelsverbindungen innerhalb der Gemeinschaft handelt es sich nicht um multilateralen Austausch, sondern um eine "Ankopplung" an die zwei hauptsächlichen Partner Rußland und Ukraine (der Anteil dieser beiden Länder am Gesamtvolumen der Außenhandelsoperationen innerhalb der Gemeinschaft betrug 1995 70%). Im Handel mit den Ländern der übrigen Welt entfallen über 60% auf die Staaten der Europäischen Union, China, die USA, Japan und die Schweiz.

Für einige Länder der Gemeinschaft haben sich schon vorrangige Handelsverbindungen und Partnerschaften verfestigt. Für Aserbaidchan ist ein solcher Partner der Iran, in den 80% des aserbaidchanischen Exports gehen und aus dem über 60% des Imports kommen (unter Berücksichtigung des türkischen Anteils). Für Kirgisien sind die Partnerländer China und die Türkei (über 50% des Exports und knapp 40% des Imports), für Weißrußland: Deutschland und Polen (knapp 30% des Exports und ca. 40% des Imports), für Moldawien: Rumänien (ca. 50% des Exports und 30% des Imports).<sup>9</sup> In der Regel ist jeder der GUS-Staaten auf dem innerregionalen Markt mit Rußland und auf den außerregionalen Märkten mit den nächsten Nachbarn am engsten verbunden.

1995 war in den Außenhandelsoperationen der GUS-Länder keine geographische und strukturelle Ausweitung zu erkennen, sondern es blieb die Tendenz zur Erhöhung der Handelsvolumen mit den etablierten ausländischen Partnern bestehen, und zwar sowohl im Export als auch im Import. Das lag einesteils am Bestreben, die im Sinne der Handelsbedingungen attraktiveren Rohstoffmärkte des fernen Auslands zu halten, die es ermöglichen, die Konkurrenzfähigkeit hauptsächlich der exportorientierten Branchen und Produktionsstätten bei Nachfrageschrumpfung innerhalb der GUS zu erhalten. Der Import aus dem "fernen Ausland" hilft den Ländern der Gemeinschaft in einer Situation, in der die interrepublikanische Spezialisierung der Lieferungen gestört und die eigene Produktion nicht in der Lage ist, die Bedürfnisse der Bevölkerung und des Staates zu befriedigen, für die nötige Sättigung der Inlandsmärkte mit relativ billigen und vielfältigen importierten Konsumgütern (Türkei, China) zu sorgen.

Alle genannten Änderungen in der geographischen Orientierung des Außenhandels jedes einzelnen GUS-Landes und vor allem Rußlands spiegeln sich in den bilateralen Beziehungen zu

---

<sup>9</sup> Angaben des Staatskomitees für Statistik der GUS, in: Vnešneekonomičeskaja dejatel'nost' gosudarstv So-družestva v 1995 g. Statističeskij sbornik, Moskau 1996.

den Partnern wider. Im Zeitraum 1992-1995 hat sich der Grad der Export-Import-Verbindungen Rußlands mit den anderen Ländern der Gemeinschaft verändert (s. Tabelle 2).

Enge Handelsbeziehungen bestehen weiterhin mit den drei Hauptpartnern Rußlands im Rahmen der GUS: mit der Ukraine, mit Weißrußland und mit Kasachstan. Interessant ist, daß der Anteil der Ukraine, die sich in politischen Erklärungen am heftigsten von Rußland und der GUS distanziert, im Zeitraum 1992-1995 sowohl im russischen Export (von 41,5% auf 49,1%) als auch im russischen Import aus der GUS-Region (von 38,7% auf 48,9%) deutlich zugenommen hat. Der Anteil Weißrußlands am russischen Export ist gestiegen, während er beim Import gesunken ist. Die Beziehungen mit Kasachstan haben sich ebenfalls sowohl beim Export als auch beim Import gefestigt. Daneben haben bei den "führenden Fünf" der russischen GUS-Partner auch ungünstige Verschiebungen stattgefunden: Der Handel mit Aserbaidschan ist steil abgefallen, sein Anteil an den Exportlieferungen Rußlands in die Region ist von 4 auf 0,6% und beim Import von 5,6 auf 0,8% abgesunken. Deutlich zurückgegangen ist auch der Anteil Usbekistans am Handelsaustausch Rußlands mit der GUS, besonders der Anteil dieses Landes am Import aus der Region.

Tabelle 2

Anteil der einzelnen Länder der Gemeinschaft  
am Gesamtvolumen der russischen Exporte und Importe mit den Ländern der GUS

	Lieferungen aus Rußland (Export in die GUS)			Lieferungen nach Rußland (Import aus der GUS)		
	1992	1993	1995	1992	1993	1995
GUS insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Aserbaidschan	4,0	1,2	0,6	5,6	2,1	0,8
Armenien	2,6	0,5	0,9	2,1	0,2	0,6
Weißrußland	16,8	15,9	20,7	17,2	22,8	15,5
Georgien*	-	0,3	0,3	-	0,3	0,4
Kasachstan	14,0	17,2	17,0	11,8	16,4	20,2
Kirgisien	1,9	1,5	0,7	1,8	1,3	0,7
Moldawien	4,3	2,9	2,9	7,0	1,3	4,7
Tadschikistan	4,0	0,7	1,3	3,4	0,4	1,2
Turkmenistan	2,7	1,4	0,7	2,0	1,0	0,4
Usbekistan	8,3	5,3	5,8	10,4	11,9	6,6
Ukraine	41,5	53,1	49,1	38,7	42,3	48,9

\* Keine Angaben für 1992, als keine Abkommen mit Georgien geschlossen wurden.

*Quellen:* 1992: Berechnet nach Angaben in: Kommersant, Nr. 34/1992, S. 22; 1993: Berechnet nach Angaben in: Kommersant-Daily, Nr. 6, 18.1.1994; Sodružestvo Nezavisimych Gosudarstv v 1995 g. Statističeskij ežegodnik. Statkomitet SNG, Moskau 1996, S. 72.



Wenn man die heutigen bilateralen Beziehungen aus dem Blickwinkel der anderen GUS-Länder betrachtet, dann wird deren Nähe zu Rußland durch den Anteil des Landes am Gesamtvolumen des Exports und Imports bestimmt. 1995 entfiel auf Rußland der höchste Anteil am Export folgender Länder: Ukraine (83,5%), Kasachstan (79,9%), Moldawien (77,1%), Weißrußland (71,3%).<sup>10</sup> Gerade für diese "Vierergruppe" bildet der russische Markt den Hauptabsatzmarkt. Knapp über 54% bzw. ca. 50% entfallen im Gesamtexportvolumen Armeniens und Usbekistans auf Rußland. Für alle übrigen Länder ist Rußland nicht der Hauptabnehmer für ihre Produkte.

Die Rolle Rußlands als Lieferant eigener Rohstoffe und Fertigprodukte in die Länder der GUS ist am bedeutendsten für folgende Länder: Ukraine (81,6% der Importe aus der GUS entfallen auf Importe aus Rußland), Weißrußland (80,6%), Kasachstan (71,4%), Usbekistan (64,3%), Moldawien (48,9%), Armenien (über 40%).

Somit bestehen für Rußland die engsten und bedeutsamsten Export-Import-Beziehungen im Rahmen der GUS mit allen europäischen Staaten: Ukraine, Weißrußland und Moldawien, dazu noch mit Kasachstan und Usbekistan; stark zu Rußland tendiert auch Armenien. Deutlich schwächer sind die gegenseitigen Verbindungen mit den transkaukasischen Staaten Georgien und Aserbaidshan sowie mit den kleineren Staaten Mittelasiens: Kirgisien, Tadschikistan, Turkmenistan. Von besonderem gegenseitigem "Gewicht" sind nach wie vor die Beziehungen zwischen Rußland und der Ukraine, den beiden größten Republiken der Ex-UdSSR.

Interessanterweise korrespondiert das heutige Bild der "Enge" der Handelsbeziehungen und bilateralen wechselseitigen Abhängigkeiten nicht in vollem Umfang mit der Zusammensetzung der 1995/96 unter Beteiligung Rußlands gegründeten regionalen Wirtschaftsunionen der GUS-Länder (vgl. unten).

So hat die Ukraine, die keine Zollunion mit Rußland eingegangen ist, ihre Präsenz auf dem russischen Markt in den letzten Jahren stärken können. Ein wichtiger Partner Rußlands ist weiterhin Moldawien. Gleichzeitig ist Kirgisien als formaler Beteiligter an der Vereinigung zur Zollunion der "Vier" nach wie vor ein gänzlich marginaler Handelspartner. Der Anteil Weißrußlands an den Lieferungen der GUS-Länder auf den russischen Markt ist bis Ende 1995 ebenfalls gesunken, was indirekt die geringe Effizienz der zwischenstaatlichen Vereinigungen Rußlands mit den GUS-Ländern als Instrument zur Aktivierung des gegenseitigen Handels belegt.<sup>11</sup>

Die Analyse ergibt u.a. folgendes: Die Desintegrationstendenzen im postsowjetischen Wirtschaftsraum kommen auf zweierlei Art zum Ausdruck: erstens im verringerten Anteil des innerregionalen Handels am Gesamtvolumen des Handels der GUS-Länder bei gleichzeitiger

---

<sup>10</sup> Sodružestvo Nezavisimych Gosudarstv, a.a.O., S. 73.

<sup>11</sup> In der Analyse sind die Handelsziffern für 1996 noch nicht in vollem Umfang berücksichtigt, da sie erst vorläufig sind. Aber die Zahlen für das erste Halbjahr bestätigen das Gleiche: Der Handel Rußlands mit der Ukraine ist intensiver als mit Kasachstan, Weißrußland und Kirgisien. In: Finansovye izvestija, 29.9.1996, S. 11.

Zunahme des Handels mit Drittländern außerhalb der GUS. Jedes der GUS-Mitgliedsländer (die ehemaligen Unionsrepubliken) ist gegenüber dem Weltmarkt relativ offener geworden, was mit der Liberalisierung und Privatisierung des Außenhandels zusammenhängt. Das ist ein natürlicher Prozeß, der sich durchaus voraussehen ließ, denn zur Zeit der UdSSR war der grenzüberschreitende Handel für alle Republiken ohne Ausnahme dadurch erschwert, daß die Zentralmacht das Monopol auf den Außenhandel und alle Außenwirtschaftsbeziehungen besaß. Zweitens zeigt sich die Desintegration nicht nur in den quantitativen Parametern des regionalen Handels, sondern auch im Nachlassen der Verbindungen einiger Länder mit Rußland, das aufgrund seines Wirtschaftspotentials den "Kern" des Handelssystems bildet (s. Tabelle 3). Diese Tendenz wird verstärkt durch eine Vielzahl von Handelsregelungen in der GUS, die sich praktisch für jede Kombination der handeltreibenden Länder unterscheiden.

Tabelle 3

## Anteil Rußlands am Außenhandelsumsatz der GUS-Länder 1995

Land	Warenumsatz, Mio. Dollar		Anteil Rußlands am Warenumsatz (%)
	insgesamt	darunter mit Rußland	
Aserbaidtschan	1.215	187,2	15,4
Armenien	932	221,9	23,8
Georgien	420	185*	44,0*
Kasachstan	8.716	3.937	45,2
Kirgisien	931	219	23,5
Moldawien	1.586	638	40,2
Tadschikistan	1.548	231,3	14,9
Turkmenistan	2.457	103,1	4,2
Ukraine	22.902	10.846	47,4
Usbekistan	5.569	1.269	22,8
Weißrußland	10.270	5.054,0	49,2

\* GUS insgesamt.

*Quellen:* Berechnungen nach Angaben des Statistischen Komitees der GUS, in: *Sodružestvo Nezavisimych Gosudarstv v 1995 g. Statističeskij ežegodnik. Statkomitet SNG, Moskau 1996, S. 65.*

Erheblich geändert haben sich auch die Mechanismen des gegenseitigen Handels. In den vergangenen Jahren ist der Warenaustausch Rußlands mit den GUS-Ländern stark "entstaatlicht" worden: Auf Lieferungen nach sogenannten Regierungsvereinbarungen (Pflichtlieferungen laut Plan, die in der Praxis ein zwischenstaatlicher Tauschhandel auf bilateraler Grundlage sind) entfielen 1993 über 10%, 1995 dagegen bereits weniger als 6% des wechselseitigen

Handels<sup>12</sup>, während der Hauptteil des Handels auf der Basis direkter Verträge zwischen den Marktsubjekten stattfand, wobei das beträchtliche Volumen des nicht erfaßten und nicht organisierten Handels natürlicher Personen (bei dem insbesondere der Import nach Rußland überwiegt) unberücksichtigt bleibt. Im ersten Quartal 1996 sank der Anteil des zwischenstaatlichen Tauschhandels auf 0,5%.<sup>13</sup> Die Regierungsvereinbarungen mit der russischen Seite betrafen in den letzten Jahren hauptsächlich nur Erdöl und Erdlöprodukte, von denen 80% nach Kasachstan, Weißrußland und in die Ukraine gehen. Aber auch auf den Bereich des Exports von Energieträgern in die GUS wird das Verfahren der "Pflichtlieferungen" nur begrenzt angewandt: 70% der Ausfuhr erfolgen auf der Basis von Regierungsvereinbarungen und 30% durch freien Kauf.<sup>14</sup> Selbst unter so günstigen Bedingungen wie der gegenseitigen Verrechnung auf Clearingbasis und zu Weltmarktpreisen sowie der indirekten Subventionierung zwischenstaatlicher Verträge durch Nichterhebung von Zöllen verlieren die Lieferungen nach Regierungsvereinbarungen im System des gegenseitigen Handels rasch ihre Bedeutung.

Der Grad der Erfüllung von Regierungsvereinbarungen über gegenseitige Warenlieferungen ist bei den GUS-Ländern immer äußerst niedrig gewesen. Im ersten Halbjahr 1995 wurden die gegenseitigen Verpflichtungen zu Gegenlieferungen von Rußland zu 90% und von den GUS-Ländern gegenüber Rußland nur zu 50% erfüllt.<sup>15</sup>

Der zwischenstaatliche "Pflichthandel" hat für Rußland auch den Nachteil, daß eine Kontrolle des von einigen Ländern aktiv betriebenen Reexports russischer Energieträger nicht möglich ist. Entsprechend dem in der GUS geltenden Abkommen "Über den Reexport" soll die Hälfte der Erlöse aus Reexportoperationen in das Erzeugerland der Ware gehen. Dennoch ist bisher nicht ein einziger Fall entsprechender Zahlungen an Rußland nachgewiesen, obwohl bestens bekannt ist, daß russische Kraft- und Schmierstoffe aus Weißrußland in die Ukraine und aus Kirgisien nach Kasachstan geliefert werden.

Die genannten Entwicklungen im gegenseitigen Handel, die mit Hilfe der statistischen Werte vollständig dargestellt werden, lassen auf den realen Stand der Dinge in der Gemeinschaft schließen. Die wechselseitigen Handelsvolumen bilden sich unter dem Einfluß zweier hauptsächlichlicher, für Übergangswirtschaften charakteristischer Prozesse heraus. Der erste dieser Prozesse ist der Übergang vom interrepublikanischen Verteilungssystem in der UdSSR über zwischenstaatliche Lieferungen und Zwangsmechanismen zu ihrer Ausführung in der ersten Phase des Bestehens der GUS bis zum freien Handel von Marktsubjekten. Dieser Prozeß ist praktisch schon abgeschlossen. Der zweite Prozeß, die Umorientierung der Beziehungen, die Suche der Subjekte der Übergangswirtschaften nach eigenen "Nischen" auf den (regionalen wie außerregionalen) Auslandsmärkten, dauert an. Das Zusammentreffen dieser beiden

---

<sup>12</sup> Diese Zahlen gehen auf eine Schätzung des Ministeriums für Zusammenarbeit der RF zurück. Nach eigenen Berechnungen liegt der Anteil gegenseitig abgestimmter Lieferungen niedriger: bei 4-5 Prozent bzw. 1 Mrd. Dollar über "Roskontrakt" 1995.

<sup>13</sup> Reforma, Nr. 7-8/1996, S. 11.

<sup>14</sup> Segodnja, 20.6.1995.

<sup>15</sup> Segodnja, 11.8.1995.

Prozesse hat dazu geführt, daß der Warenumsatz im gegenseitigen Handel sich bis jetzt gewissermaßen im "freien Fall" befunden hat und mit 21% im Außenhandel Rußlands einen "Tiefpunkt" erreicht hat. Der nachfolgende Anstieg dieses Anteils auf 25,8 Prozent spricht dafür – auch wenn sich Rußland als wichtigster Handelspartner der GUS wegen der Zahlungsunfähigkeit der Partner merklich mit dem Export in die Region zurückhält –, daß beim Zerfall der Handelsbeziehungen die "Talsole" bereits durchschritten ist.

In der heutigen Situation, da der Handel praktisch auf dem freien Markt stattfindet und die Handelsströme sich nur noch sehr schwach von "oben" lenken lassen, entspricht der bestehende Stand der Beziehungen offensichtlich den gegenseitigen Interessen der Wirtschaften der unabhängigen Staaten und dem wechselseitigen Handelspotential der Partner. Könnte er höher sein? Gewiß, aber dazu müßten in der GUS entsprechende Vorzugsregelungen für Handel und Verrechnungen getroffen werden, die durch Bemühungen im Investitionsbereich ergänzt würden, was mit dem erklärten Kurs vorrangiger Beziehungen Rußlands zu den GUS-Ländern in Einklang stehen würde. Bis jetzt unterscheidet sich der Handel mit dem nahen Ausland kaum vom Handel mit der übrigen Welt, wenn man einmal die Durchlässigkeit der Grenzen und die größeren Möglichkeiten für illegale Operationen außer acht läßt.

Im Bereich des Handels ist eine spontane Interaktion der Marktsubjekte ohne spürbare staatliche Regulierung zu beobachten. Die Beschlüsse der GUS-Organe über eine Freihandelszone und eine Zollunion haben keinen großen Einfluß auf die Belebung der wechselseitigen Verbindungen in der Region, zudem betreffen sie nicht alle GUS-Mitgliedstaaten.

Aktivieren ließen sich die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen, wenn eine Zahlungsunion der GUS-Länder gebildet würde, an der teilzunehmen sich nicht einmal die Ukraine weigert, die sich sonst immer gegen multilaterale Formen der Zusammenarbeit ausspricht. Aber im Bereich der Zahlungs- und Verrechnungsbeziehungen ist ebenfalls kein besonderer Fortschritt zu bemerken. Ein Rahmenabkommen über die Bildung einer Zahlungsunion wurde schon am 21. Oktober 1994 unterzeichnet. Bis heute ist wenig im Rahmen der bilateralen Beziehungen realisiert: Vom staatlichen Tauschhandel wird zu Verrechnungen in den nationalen Währungen übergegangen; auf den Devisenmärkten findet eine gegenseitige Quotierung begrenzt konvertierbarer Währungen statt.<sup>16</sup>

Insgesamt sind aber die Struktur und der Mechanismus der gegenseitigen Verrechnungen äußerst primitiv: Etwa 70% der Handelsoperationen entfallen auf Tauschgeschäfte (eine Vielzahl von Kleinstgeschäften), und die übrigen 30% sind ebenso unvollkommene Verrechnungsarten, wie etwa bilaterales zwischenstaatliches Clearing sowie Verrechnungen in frei konvertierbarer Währung und nationalen Währungen.<sup>17</sup> Dieses "System" taugt einigermaßen für Handelsoperationen, aber es ist absolut ungeeignet für langfristige Produktionskooperation, bei der es auf die Stabilität der Austauschbedingungen und die Möglichkeit, sie auf der Basis der Devisenkurse vorauszusehen, ankommt.

---

<sup>16</sup> Kommersant-Daily, 22.9.1995 (G. Seljaninov, K. Levin, Sojuz platežom krasen).

<sup>17</sup> Finansovye izvestija, 6.2.1995 (E. Vasil'čuk, Nacionalizm politikov vedet k èkonomičeskoj degradacii stran Sodružestva).

Während die nationalen Zentralbanken der GUS-Länder sich sträuben, koordiniert auf die Bildung einer Zahlungsunion hinzuarbeiten, ist dennoch eine "heimliche Zahlungsunion" mit Erfolg tätig.<sup>18</sup> Das bedeutet, daß es Privatfirmen, Finanzgesellschaften und Geschäftsbanken, gelungen ist, einen "Schwarzmarkt" für begrenzt konvertierbare Währungen zu schaffen, der die volle gegenseitige Konvertierbarkeit ausnahmslos aller Währungen sowie die Möglichkeit ihrer Umwechslung in – bargeldlose wie bare – frei konvertierbare Währung bietet. Nach Meinung von Experten der Moskauer Devisenbörse sind "illegale und halblegale Verrechnungsmuster in nationalen Währungen zu Blutgefäßen des Wirtschafts- und Finanzsystems der GUS geworden ... mit Möglichkeiten zum Kapitalabfluß und zur Verheimlichung von Gewinnen durch eine gewaltige Menge eigens zu diesem Zweck eingerichteter Off-shore-Konten".<sup>19</sup>

Somit existiert ein flexibler, grenzenloser schwarzer Markt für begrenzt konvertierbare Währungen, auf dem gegenwärtig der russische Rubel als die Hauptverrechnungswährung der GUS besonders attraktiv ist, auf dem aber seit 1995 bereits auch von seiten russischer Monopolunternehmen die Nachfrage nach nationalen Währungen steigt, und zwar in dem Maße, wie es Anzeichen für einen Rückgang des russischen Exports in die GUS-Länder gibt und die Handelsbilanz Rußlands gegenüber der GUS negativ geworden ist. Das System der wechselseitigen Konvertierbarkeit wird wiederum von "unten" geschaffen, nach den Bedürfnissen der Marktsubjekte selbst und parallel zur Untätigkeit der zwischenstaatlichen GUS-Strukturen (die im Rahmen der Zahlungsunion gegründete Zwischenstaatliche Bank der GUS hat die ihr übertragenen Funktionen nicht erfüllt).

Die vertretene These, daß die spontane Interaktion der Subjekte der Übergangswirtschaften im postsowjetischen Raum ausschließlich durch Interessen von "unten" und nicht durch politische Beschlüsse von "oben" stimuliert wird, wird nicht nur durch die Tendenzen im Handel bestätigt. So ist ganz deutlich die Expansion einer Reihe großer russischer Gesellschaften, besonders aus dem Brennstoff- und Energiekomplex, auf die Märkte der GUS-Länder zu bemerken, wobei diese Expansion von Handels- und Investitionsaktivitäten in der Region sowie von selbständiger Problemlösung bei Verrechnungen und Schuldenregulierungen begleitet wird. Die Fragen der Integrationsaktivität der Marktsubjekte sind einer gesonderten Betrachtung wert, zumal es sich dabei um eine völlig neue Tendenz im Rahmen der GUS handelt und gerade diese Aktivität die Voraussetzungen für eine echte Integration der Produzenten schafft.

### ***1.2 Integrationsaktivitäten der Marktsubjekte: Beginnende Transnationalisierung von Produktion und Finanzbereich***

Im Gegensatz zum zwischenstaatlichen Handel, bei dem die Desintegrationstendenzen nach wie vor stark sind, ist im Bereich der Produktion und der Finanzen der GUS-Länder eine Tendenz zur Vereinigung zu bemerken. Die Integrationsaktivitäten der verschiedenen Unter-

---

<sup>18</sup> Definition des Experten der Moskauer Devisenbörse Aleksandr Kirjanow. In: Interfaks – Argumenty i fakty, Nr. 11, 24.3.1996.

<sup>19</sup> Ebenda.

nehmensstrukturen (Industriefirmen, Geschäftsbanken, Transportgesellschaften u.a.) nehmen zu, je weiter die Reformen in der Wirtschaft vorankommen. Die Geschäftswelt und das Finanzkapital Rußlands sehen für sich Wachstumsmöglichkeiten durch Ausweitung der wirtschaftlichen Präsenz auf den Märkten des Auslands, einschließlich des nahen Auslands, d.h. auf den Binnenmärkten der GUS-Länder.

Die Voraussetzungen für eine Integration "von unten" sind in den nationalen Wirtschaftsmechanismen erst im Entstehen begriffen, und der Öffnungsgrad der Märkte der einzelnen Länder ist sehr unterschiedlich, aber es haben sich schon neue Möglichkeiten ergeben. Das hängt mit der spürbaren Beschleunigung der marktwirtschaftlichen Reformen bei Rußlands GUS-Partnern an der Jahreswende 1995/96 zusammen. Besonders gilt dies für die Ukraine und die transkaukasischen Republiken Georgien und Aserbaidschan, die, was das Tempo der Privatisierung und die allgemeinen Bedingungen für die Liberalisierung des Wirtschaftslebens angeht, in den vergangenen Jahren gegenüber Rußland merklich im Rückstand waren. Ein gutes Stück vorangekommen sind auf dem Weg der Reformen auch Kasachstan und Usbekistan, wo sich bei starker staatlicher Regulierung ein sehr günstiges Marktumfeld herausbildet.

Künftige Vereinigungen und Fusionen nationaler Gesellschaften setzen vor allem voraus, daß Staatsunternehmen privatisiert und in Aktiengesellschaften umgewandelt werden sowie daß ferner in den GUS-Ländern Normen des Wirtschaftsrechts in Kraft treten, die es ausländischen Firmen ermöglichen, sich an der Privatisierung von Eigentum auf dem Territorium dieser Länder zu beteiligen.<sup>20</sup> Damit wurde die Möglichkeit eröffnet, Aktien für Eigentumsobjekte über Kreuz auszugeben, wodurch die Gründung transnationaler Gesellschaften in der GUS stimuliert wird.

Eine weitere wichtige Voraussetzung für die Transnationalisierung der Produktion ist eine in einigen Ländern gesetzlich erlaubte Form der wirtschaftlichen Tätigkeit, nämlich die Übergabe nationaler Fabriken an ausländische Gesellschaften zur treuhänderischen Verwaltung. Pionier auf diesem Gebiet ist Kasachstan. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt gibt es Beispiele für Abkommen Rußlands mit Kasachstan bzw. mit Kirgisien über die Übergabe einiger Unternehmen dieser Länder zur treuhänderischen Verwaltung an Rußland. So übergibt Kasachstan eine Dieselmotorenfabrik dem Ural-Automontagerwerk (Slatoust, Gebiet Tscheljabinsk, RF) zur Verwaltung; gleichzeitig hält Rußland 60% der Aktien des kasachischen Werks.<sup>21</sup> Intensiv wird die Frage der Übergabe einiger Landwirtschaftsbetriebe Kasachstans unter russische Leitung diskutiert. Kirgisien bietet an, seine moderne Fabrik zur Produktion von Glukose aus Mais unter die Leitung russischer und kasachischer Gesellschaften zu stellen.<sup>22</sup>

---

<sup>20</sup> *Ékonomičeskie reformy v stranach SNG: sopolstavlenie promežutočnych rezul'tatov.* Naučnyj doklad. Pod red. R. Grinberga i L. Kosikovoj. Moskau, IMEPI RAN, 1996, S. 73-79.

<sup>21</sup> *Uzbekskij sum domoj ne zovut.* – Interview mit dem Vizepremier von Kasachstan, N. Isingarın, in: *Rossijskaja gazeta – Ékonomičeskij sojuz*, 22.6.1996, S. 5-6.

<sup>22</sup> *Ebenda*, S. 5.

Zu einem für die Transnationalisierung notwendigen Element der nationalen Wirtschaftssysteme ist die Entwicklung von Wertpapiermärkten in vielen Republiken der ehemaligen UdSSR geworden; das gleiche gilt für die Ausweitung und Liberalisierung der inneren Devisenmärkte.

Während in den nationalen Wirtschaften die Voraussetzungen für eine Integration auf der Mikroebene geschaffen werden, die in verschiedenen Formen der Transnationalisierung zum Ausdruck kommt, bildet sich ein internationaler Mechanismus heraus, der diesen Prozeß im Rahmen der GUS unterstützt. So haben die Staats- und Regierungschefs der GUS eine Reihe von Vereinbarungen unterzeichnet, deren Zweck es ist, die Bildung und das Funktionieren transnationaler Unternehmensvereinigungen zu fördern. Die wichtigste dieser Vereinbarungen ist das am 15. April 1996 von den Regierungschefs der GUS-Staaten unterzeichnete "Abkommen über die Förderung der Gründung und Entwicklung transnationaler Produktions-, Handels-, Finanz- und Kredit-, Versicherungs- und gemischter Vereinigungen". Gemäß diesem internationalen Vertrag fördern die Parteien "die Gründung von Gemeinschaftsunternehmen, transnationaler Produktionsvereinigungen sowie eines Netzes von Handels- und Finanzinstitutionen und -organisationen".<sup>23</sup>

Als eine der am meisten bevorzugten Formen transnationaler Gesellschaften im Rahmen der GUS gelten bei den Ländern Finanz-Industrie-Gruppen (FIG). Zu diesem Zweck wird gegenwärtig in Rußland und den anderen Ländern der Gemeinschaft eine gesetzliche Basis für die FIG, auch solche zwischenstaatlicher Art, erarbeitet. In Rußland ist das Föderationsgesetz "Über die Finanz-Industrie-Gruppen" verabschiedet worden, das in seinem Artikel 4 den Status einer transnationalen FIG, der TFIG, festlegt. Als TFIG werden gemäß dem russischen Gesetz solche Finanz-Industrie-Gruppen registriert, unter deren Beteiligten juristische Personen sind, die sich unter der Jurisdiktion von GUS-Teilnehmerstaaten befinden, aber auf dem Territorium der genannten Staaten gesonderte Abteilungen haben bzw. auf dem Territorium dieser Staaten Kapitalinvestitionen tätigen. Wenn eine TFIG auf der Basis eines Regierungsabkommens gegründet wird, erhält sie den Status einer zwischenstaatlichen (internationalen) FIG. Für die Beteiligten an einer zwischenstaatlichen FIG wird die nationale Regelung ihrer Tätigkeit durch Regierungsabkommen auf der Grundlage von Gegenseitigkeit festgesetzt.

Bis jetzt sind schon drei russische TFIG registriert: "Interros", "Nishegorodskije awtomobili" und "Totschnost".<sup>24</sup> Der Gruppe "Interros" haben sich russische und kasachische Unternehmen angeschlossen; ihre Tätigkeit ist ausgerichtet auf den Brennstoff- und Energiekomplex sowie die Chemie-, Metallurgie- und Atomindustrie. "Nishegorodskije awtomobili" ist eine TFIG, deren Teilnehmer unter dem Gesichtspunkt ausgewählt wurden, Kooperationsbeziehungen mit Unternehmen aus Weißrußland, der Ukraine, Kirgisien, Tadschikistan und Moldawien sowie Lettland zu unterhalten. Im Produktionsbereich ist diese

---

<sup>23</sup> S. Golubeva. Transnacionalizacija rossijskich FPG, in: Rossijskij ekonomičeskij žurnal, Nr. 7/1996, S. 30.

<sup>24</sup> É. Batizi, Upolnomočennye banki i finansovo-promyšlennaja integracija, in: Rossijskij ekonomičeskij žurnal, Nr. 10/1994; L. Starostina, O roli finansovo-promyšlennych grupp, ebenda, Nr. 4/1995.

Gruppe auf über 250 Erzeugnisse spezialisiert: LKW und PKW, Omnibusse, Spezialfahrzeuge, Reifen, Automotoren und vieles andere. Die TFIG "Totschnost", deren Gründung auf einem Konzept zur Vereinigung von Konstruktionsorganisationen, Industrieunternehmen sowie Finanz- und Kreditinstitutionen Rußlands, Weißrußlands und der Ukraine basiert, hat sich zum Ziel gesetzt, neue Waffenarten zu entwickeln und das heute bestehende wissenschaftlich-technische Potential auf diesem Gebiet zu unterstützen.

Vor dem Auftreten der registrierten russischen TFIG waren in der Energetik sowie im Brennstoff- und Energiekomplex (Erdöl, Gas) schon De-facto-TFIG entstanden. Als faktische TFIG können solche russischen Strukturen wie "Gasprom", die RAG "EES", "LUKoil", "TEPKOM", "Neftekom" und viele andere gelten.<sup>25</sup> Gegenwärtig läßt sich ganz deutlich die Expansion einiger großer russischer Gesellschaften des Brennstoff- und Energiekomplexes auf den Markt der GUS-Länder feststellen. Damit einher gehen Handels- und Investitionsaktivitäten dieser Gesellschaften in der Region sowie die selbständige Lösung von Problemen bei der Verrechnung und bei der Regelung von Schulden. Hier seien nur "Gasprom", "LUKoil", "JuKOS", "Slawneft" u.a. genannt.

Am aufschlußreichsten in dieser Hinsicht ist das Beispiel des russischen Konzerns "Gasprom". Er liefert in das nahe Ausland (GUS und baltische Länder) ca. 50 Mrd. Kubikmeter Gas pro Jahr. Die Leitung der RAG "Gasprom" führt selbständig Verhandlungen mit den Partnern in der GUS und bestimmt das Volumen der Gaslieferungen, die Exportpreise, die Zahlungsform, den Tarif für den Transit des Gases über die Territorien der benachbarten GUS-Staaten nach Europa sowie die Bedingungen für die Schuldentilgung.

In seiner Exportstrategie auf dem GUS-Markt ist "Gasprom" bestrebt, seine Handels- und Zahlungsbeziehungen mit Investitionen sowie dem Erwerb von Eigentumsrechten an Objekten der Gaswirtschaft und an Unternehmen, die mit diesen kooperieren, zu verknüpfen. Mit dieser Politik ist es dem Konzern möglich, aus den Schulden der Abnehmer Nutzen zu ziehen. Insbesondere kauft er für das geschuldete Geld Aktien der nationalen Gasgesellschaften, um so in den Besitz eines Kontrollpakets zu gelangen. "Gasprom" gehören schon 30% der Aktien der estnischen "Eesti gaaz", 51% der Aktien von "Gassnabtransit" (ein Joint-venture mit "Moldowagas") und 24% von "Latwijas daze". Gasprom hat das Muster der Umwandlung von Handelsschulden der GUS-Länder in Vermögensrechte und Wertpapiere in der Praxis erprobt, was für die russische Seite äußerst wichtig ist, deren GUS-Partner Anfang 1996 über 9 Mrd. Dollar Verbindlichkeiten hatten. 1995 wurde zwischen der RAG "Gasprom" und dem Staatskonzern "Moldowagas" ein spezielles Programm zur Tilgung von Schulden unterzeichnet, das neben anderen Tilgungsmustern auch einen Punkt enthielt, der die Übertragung von Grundfonds der Überlandpipelines in das Stammkapital eines russisch-moldawischen Gemeinschaftsunternehmens unter Anrechnung auf den "Gasprom"-Anteil an diesem Joint-venture vorsah (für einen Teil der Gesamtschuld für Gaslieferungen nach Moldawien).

---

<sup>25</sup> Ju. Lebedev, Finansowo-promyšlennye gruppy kak novyj instrument integracii, in: Nezavisimaja gazeta, 27.8.1994.



Eine ähnliche Politik betreibt auch der Konzern "LUKoil", der schwierige Probleme der Zusammenarbeit mit den GUS-Ländern selbständig löst, vor allem mit Aserbaidschan, das sich prinzipiell von den multilateralen Problemen der Gemeinschaft fernhält. "LUKoil", die größte Erdölgesellschaft Rußlands, erweitert ihre Präsenz in Kasachstan und Aserbaidschan zielstrebig. Ihre Tätigkeit ist vorrangig auf die am Kaspischen Meer gelegenen Erdölvorkommen dieser Länder und direkt auf das Schelf des Kaspischen Meeres gerichtet. Kasachstan hat sich einverstanden erklärt, LUKoil einen 20%-Anteil an einem zukünftigen Konsortium zur Erschließung des kasachischen Schelfs des Kaspischen Meeres zu gewähren (die Reserven können Schätzungen zufolge 3 Mrd. Tonnen Erdöl erreichen – dreimal soviel wie im Tengiz-Vorkommen).<sup>26</sup>

Aserbaidschan hat LUKoil einen zehnprozentigen Anteil an einem internationalen Projekt zur Erschließung des Schelfvorkommens Schah-Deniz gewährt; nicht ausgeschlossen ist, daß LUKoil auch an der Erschließung des Vorkommens Kāpaz, zu der ausländische Gesellschaften hinzugezogen werden sollen, beteiligt sein wird. Außerdem wird in Baku eine Filiale der "Imperial"-Bank eröffnet, deren Direktorium von LUKoil-Präsident Wagit Alekperow geleitet wird. Neben der Beteiligung an der Erdölförderung richtet LUKoil in den GUS-Staaten und den baltischen Ländern ein Netz firmeneigener Tankstellen ein, die nach europäischem Standard ausgerüstet sind.

Ein wichtiger Konkurrenzvorteil ist für russische Gesellschaften beim Investieren in die Wirtschaft der GUS-Länder und der baltischen Länder die Position Rußlands als Gläubiger gegenüber diesen Staaten. Die größten Schuldner Rußlands sind die Länder der europäischen Gruppe: Ukraine, Weißrußland, Moldawien und die baltischen Staaten, in der zentralasiatischen Region sind es Turkmenistan und Kasachstan. Außer durch die Staatskredite, die Rußland den Republiken der ehemaligen UdSSR gewährt hat, ist die gewaltige Verschuldung eine Folge nicht geleisteter Zahlungen für die Lieferung von Brennstoff- und Energieressourcen, vor allem direkt an "Gasprom". Gerade in den genannten Ländern kann Rußland sich berechnete Hoffnungen auf den Erwerb von Eigentum gegen Schulden machen.

Da die Tilgung von Schulden sich als unmöglich erweist, hat "Gasprom" schon damit begonnen, Schulden in eigene Beteiligung an Unternehmen der Schuldnerländer umzuwandeln. So ist die weißrussische Gesellschaft "Beltransgas" schon in "Gasprom" eingegliedert worden, geprüft wird der Erwerb einer Beteiligung von "Gasprom" an den moldawischen Gasfernleitungen für den Export nach Rumänien, Bulgarien und in die Türkei, des weiteren ist "Gasprom" an Gasunternehmen der Ukraine beteiligt.

Zu erinnern ist auch an einen weiteren Umstand in den Beziehungen Rußlands zu den übrigen GUS-Ländern, nämlich die Vergabe staatlicher Kredite seit 1994 gegen die Verpfändung von Industrievermögen auf dem Territorium dieser Staaten. Die 1994 von Tadschikistan erhaltenen russischen Kredite wurden gegen Verpfändung von 50% der Aktien des Wasserkraftwerks Nurek gewährt, Kredite an Armenien gegen Verpfändung von 15% der Aktien eines Atomkraftwerks, von Fabriken der "Armelektromasch" und einer (in

---

<sup>26</sup> Kommersant-Daily, Nr. 16, 11.7.1996.

armenischem Besitz befindlichen) Wein- und Spirituosenfabrik in Sankt Petersburg. Georgien erhielt Kredite von Rußland gegen Verpfändung von 25% der Aktien der Produktionsvereinigung "Elektrowosostroitel", 20% Anteil an der Fabrik "Samtrest" und weiteren 20% der Aktien der Produktionsvereinigung "Tschiaturmarganez". Mit Moldawien wurde als eine Bedingung für den Erhalt von Krediten vereinbart, daß Rußland als Pfand 30% der Aktien des "Alfa"-Werks (Fernsehgeräte, Haushaltselektronik), des Werks "Stschetmasch" und von Unternehmen des militärisch-industriellen Komplexes erhält.<sup>27</sup> 1995/96 schloß Rußland Abkommen mit Armenien, Kirgisien und Moldawien über die Teiltilgung von Schulden durch Vermögenswerte und Wertpapiere: Aktien, Wechsel, Obligationen.

Die genannten Tendenzen zur Transnationalisierung der Produktion zeigen sich gleichzeitig in mehreren Richtungen, von denen folgende die wichtigsten sind:

- Schaffung zwischenstaatlicher oder transnationaler FIG;
- wechselseitige Umwandlung von Wirtschaftsobjekten in Aktiengesellschaften (Beteiligung russischer Firmen und Banken an der Aktionierung von Unternehmen anderer GUS-Länder und umgekehrt);
- Gründung von Gemeinschaftsunternehmen in verschiedenen Ländern;
- Erwerb von Eigentums- oder Pachtrechten an infrastrukturelevanten Wirtschaftsobjekten (Häfen, Überlandpipelines, Gasdepots u.a.);
- Gründung gemeinsamer Finanzinstitutionen wie etwa Gemeinschaftsbanken sowie Tochterbanken und Filialen russischer Banken im nahen Ausland.

Konkrete Beispiele für die verschiedenen Formen der Transnationalisierung in der GUS unter Beteiligung des russischen Business wurden schon genannt, und die Liste ließe sich verlängern. Wichtig ist, daß im Rahmen der GUS ein auf das russische Gesetz zugeschnittener empfehlender Gesetzesakt "Über die russischen Finanz-Industrie-Gruppen"<sup>28</sup> verabschiedet worden ist und daß im Rahmen des Zwischenstaatlichen Wirtschaftskomitees der GUS das Projekt einer Konvention über transnationale Gesellschaften in den Ländern der Gemeinschaft beraten wird. Das erleichtert die Interessenabstimmung der Teilnehmer an den künftigen transnationalen Gesellschaften.

Auch russische Banken gehen auf den GUS-Markt. Es sind schon über 20 Filialen und Tochterunternehmen gegründet worden (s. Tabelle 4).

Dafür, daß russisches Kapital tatsächlich in die Wirtschaft der GUS-Länder fließen kann, sind die zwei Hauptvoraussetzungen gegeben: Zum ersten ist schon eine genügende Menge an Kapital für eine solche Expansion vorhanden, und zum zweiten werden in den Partnerländern die wirtschaftlichen Voraussetzungen und Gesetzesnormen geschaffen, die zum Betreiben einer aktiven Investitionspolitik dort erforderlich sind. Nach Meinung von Spezialisten der Zentral-

---

<sup>27</sup> Finansovjy biznes, Nr. 4/1996, S. 12.

<sup>28</sup> Bestätigt auf der VII. Plenarsitzung der Interparlamentarischen Versammlung der GUS-Staaten am 17.2. 1996.

bank Rußlands hat "das russische nationale Kapital einen solchen Reifegrad erreicht, daß es ihm möglich ist, zur Durchsetzung seiner Interessen im nahen Ausland aktiv tätig zu werden".<sup>29</sup>

Diese Interessen können allerdings höchst vielfältig sein. So kann es etwa für Banken, die nicht mit der Bedienung des nationalen Rohstoffkomplexes befaßt sind, eine Überlebensfrage sein, sich an der Schaffung internationaler (zwischenstaatlicher) FIG mit den GUS-Ländern zu beteiligen.<sup>30</sup> Die Bedürfnisse der konkreten FIG, zu deren Bestand Banken gehören, stimulieren auch ihr gegenseitiges Eindringen auf die Märkte. Das jüngste Beispiel dafür ist die Gründung einer Tochterbank der russischen AwtoBank in Kirgisien. Sie wird die Verrechnungen des Antimon-Kombinats von Katamshaj bedienen, eines der besten Unternehmen der Republik Kirgisien, das seinerseits mit russischen Förderunternehmen kooperiert.<sup>31</sup>

---

<sup>29</sup> G.G. Mazanov, Voprosy uregulirovanija vzaimnoj zadolženosti stran SNG pered Rossiej, in: Serija "Diskussionnyje materialy", Centrobank Rossii, vypusk 1, 1996.

<sup>30</sup> Kommersant-Daily, 11.3.1995.

<sup>31</sup> Finansovye izvestija, 27.8.1996, S. III.

Tabelle 4

## Tochterunternehmen russischer Banken in der GUS und den baltischen Ländern

GUS-Länder	Vertretungen	Filialen	Tochterbanken
Ukraine	Komi-Bank Kreditimpeksbank Menatep Tweruniversalbank Rossijskij kredit Nationale Reservenbank*	Aeroflot	Tokobank
Weißrußland	Mosbisnesbank Inkombank Kreditimpeksbank Rossijskij kredit Awtobank	–	–
Kasachstan	Kreditimpeksbank	–	Neftechimbank Alfa-bank
Aserbaidschan	"Derbent-Kredit" Meshekonomsberbank	–	–
Armenien	Rossijskij kredit	–	–
Usbekistan	Rossijskij kredit	–	–
Kirgisien	Kreditimpeksbank	–	Awtobank
Turkmenistan	–	–	Rossijskij kredit (51% russische Aktien)
Baltische Länder	Vertretungen	Filialen	Tochterbanken
Estland	"Azis" "Baltijskij" "Delovaja Rossija" Sibirskij torgovyj bank	–	–
Lettland	"Olimpijskij" "Rossijskij kredit"	–	Neftechimbank
Litauen	"Kontakt"	–	–

\* Die Bank ist ein Agent der RAG "Gasprom" zur Regelung der Schulden der Ukraine gegenüber Rußland. In: Interfaks-Ukraina, 16.4.1996.

Quellen: Vestnik Banka Rossii, November 1995; Kommersant-Daily, Nr. 216, 22.11.1995, 11.7.1995.

Gestört wird das Eindringen russischer Banken in die Republiken der ehemaligen UdSSR nicht so sehr durch die finanziellen Möglichkeiten als vielmehr durch das Fehlen einiger unerläßlicher wirtschaftlicher Bedingungen sowie durch rein gesetzgeberische Beschränkungen. Hier wirkt sich die im Vergleich zu Rußland größere Geschlossenheit der örtlichen Devisenmärkte und das Fehlen einer einheitlichen Währung der GUS aus. In den meisten GUS-Partnerländern ist kein entwickelter sekundärer Wertpapiermarkt vorhanden; er befindet sich heute erst im Anfangsstadium seiner Formierung und erreicht offensichtlich

nicht sofort den erforderlichen Liquiditätsgrad. Außerdem gibt es in keinem einzigen GUS-Land so etwas wie eine "Geschichte des Kreditwesens"; deshalb haben die russischen Banken und Firmen als potentielle Teilnehmer des sekundären Marktes der Schuldverpflichtungen keinen Anlaß, einem Emittenten, der noch kein verkauftes Wertpapier eingelöst hat, zu trauen.<sup>32</sup>

Unter den in den meisten Ländern weiterhin bestehenden gesetzlichen Beschränkungen, die die Teilnahme von Ausländern am Finanzsektor behindern, sind die folgenden am verbreitetsten: das Fehlen des Rechts ausländischer Banken, Filialen zu eröffnen, statt dessen lediglich die Erlaubnis zur Gründung von Tochterbanken (mit 100% ausländischem Kapital) oder von gemeinsamen Finanzinstitutionen; Obergrenzen für den Anteil des summarischen Stammkapitals von Banken mit ausländischer Beteiligung; Hindernisse bei der Kapitalausfuhr aus dem Land.

Aber auch wenn es keine Meistbegünstigung für Ausländer und keine Steuervergünstigungen für russische Banken gibt, sind die GUS-Märkte attraktiver geworden, denn es gibt Möglichkeiten zur Teilnahme an der Privatisierung. So sind z.B. in Kasachstan 19 Banken mit Beteiligung ausländischer Investoren gegründet worden, davon zwei russische: die Alfa-Bank und die Neftechimbank (mit 100% russischem Kapital) sowie eine Gemeinschaftsbank mit russischer Beteiligung und die Eurasische Bank (61,2% des Kapitals von der russischen Pfandbank).<sup>33</sup>

Außer nach Kasachstan beabsichtigt die Neftechimbank, auch auf den Effektenmarkt Weißrußlands zu gehen: Ein Abkommen mit der Nationalbank der Republik Belarus ist unterzeichnet, und die russische Bank erhält das Recht, ab 1997 auf dem Wertpapiermarkt Weißrußlands tätig zu sein.<sup>34</sup> Interesse am weißrussischen Finanzmarkt zeigen auch die Mosbisnesbank, die AwtoBank und die Bank "Rossijskij kredit".

Gegenwärtig geht die Zusammenarbeit der Banken Rußlands mit denen der übrigen GUS-Staaten und der baltischen Länder von der Phase der extensiven in die der intensiven Entwicklung über. 1994/95 betrieben die Banken hauptsächlich Devisentauschgeschäfte mit begrenzt konvertierbaren Währungen. Heute können sie in neuen Bereichen des Finanzmarktes tätig werden: mit staatlichen Wertpapieren (in Rußland, der Ukraine, Weißrußland, Kasachstan, Lettland), mit Aktien privatisierter Unternehmen u.a.

Experten aus dem Bankbereich berichten, daß man sich auf der Ebene der zusammenarbeitenden Banken schon jetzt mit Problemen wie der Aufteilung der Einflußsphären und der Ausweitung der gemeinsamen Geschäftstätigkeit, der Korrektur gegenseitiger Limits und der Be-

---

<sup>32</sup> Es geht hier z.B. um von der Ukraine emittierte Wertpapiere in Höhe der Auslandsschuld für Energieträger aus Rußland.

<sup>33</sup> Interfaks – AiF, 27.3.1996, S. 25.

<sup>34</sup> Agentstvo finansovoj informacii (AFI); Segodnja, 27.9.1996.

schränkung der Beeinflussung des Marktes begrenzt konvertierbarer Währungen durch Konkurrenten befaßt.<sup>35</sup>

Eine besondere Richtung der Expansion auf dem GUS- und dem baltischen Markt vertreten unter den russischen Banken die "Kreditimpeks" und die "Moskomprivatbank". Die Ausnahmestellung der "Kreditimpeks" besteht darin, daß sie die einzige Bank in Rußland ist, bei der ein Teil des Stammkapitals durch legal eingeführtes Bankkapital aus der Ukraine gebildet ist (30% des Stammkapitals gehören der ukrainischen "Prominvestbank"). Die "Moskomprivatbank" wiederum ist von einer Unternehmensgruppe gegründet worden, die eng mit der ukrainischen "Privatbank" (Dnjepropetrowsk) verbunden ist und auf Handelsgeschäfte zwischen Weißrußland, Rußland und der Ukraine spezialisiert ist. Heute bilden alle drei Banken eine einheitliche Allianz, die eine koordinierte Währungs- und Verrechnungspolitik betreibt, wobei sie sich auf den lokalen Märkten Rußlands und der Ukraine gegenseitig helfen. Die "Moskomprivatbank" ist auch mit der Weißrussischen Börsenbank (Minsk) eng verbunden, die ebenfalls von im Handel mit der Ukraine engagierten Unternehmen und der Privatbank aus Dnjepropetrowsk gegründet ist, und beeinflusst somit auch den weißrussischen Finanzmarkt.

Äußerst aktiv sind unter den russischen Banken auf dem Markt der begrenzt konvertierbaren Währungen auch die Bank "Rossijskij kredit" und die Tweruniversalbank. Sie haben ein sehr weites Netz von Korrespondenzbanken in den GUS-Ländern und betreiben eigene, einzigartige Programme zur Expansion auf den Märkten der Nachbarländer. Die russische "Alfa-Bank" ist die erste russische Bank, die eine Tochterbank in Kasachstan eröffnet hat, was ihr einen sehr großen Einfluß auf den Markt des kasachischen Tenge verschafft. Derzeit werfen russische Banken schon ein Auge auf die Wertpapiermärkte, einschließlich der Wertpapiere für Körperschaften.

Russisches Kapital kann in den anderen GUS-Ländern auch durch das Stammkapital von Gemeinschaftsbanken präsent sein. So wurde im Januar 1995 die turkmenisch-russische Gemeinschaftsbank "Rossijskij kredit" mit einem Stammkapital von 100 Mio. Manat (25.400 \$) gegründet.<sup>36</sup> Das Aktienkontrollpaket (61%) gehört der Moskauer Bank gleichen Namens. Im Juli 1996 erhielt die Bank von der Zentralbank Turkmenistans eine Generallizenz für Devisengeschäfte, was ihr den Zugang zum internationalen Finanzmarkt eröffnet. Die Bank beabsichtigt auch, Verrechnungen zwischen der Ukraine und den Republiken Mittelasiens vorzunehmen, denn die Ukraine ist ein Großabnehmer von turkmenischem Gas. Im Grunde ist "Rossijskij kredit" schon längst eine zwischenstaatliche Bank<sup>37</sup>; bereits 1995 kontrollierte sie nicht weniger als 30% der zwischenstaatlichen Clearingverrechnungen zwischen der Ukraine und Rußland.<sup>38</sup> Die Bank investiert in die Eisen- und Stahlindustrie der Ukraine.

---

<sup>35</sup> Kommersant-Daily, 8.5.1996, S. 5-6.

<sup>36</sup> Agentstvo finansovoj informacii, 15.7.1996.

<sup>37</sup> Kommersant-Daily, 4.11.1995.

<sup>38</sup> Delovoj mir, 22.12.1995.

Die Expansion russischer Banken ins nahe Ausland wird dadurch erleichtert, daß schon 1995 eine normative Basis für die Registrierung ausländischer Banken in den Republiken der ehemaligen UdSSR geschaffen und in Rußland die Kapitalausfuhr zu solchen Zwecken gesetzlich geregelt wurde. Die Zentralbanken (Nationalbanken) der Ukraine, Weißrußlands und Kirgisiens stehen dem Auftreten der größten russischen Banken auf ihren inneren Finanzmärkten wohlwollend gegenüber.<sup>39</sup>

Einer der Hauptgründe für russische Banken, in die ehemaligen Unionsrepubliken zu gehen, ist auch die Notwendigkeit, mit den Verrechnungen ihrer Großkunden mitzugehen. So verfolgte beispielsweise die Moskauer "Awtobank" mit der Registrierung einer Tochterbank in Kirgisien ein konkretes Ziel: Sie wollte ein System engerer Zusammenarbeit ihrer Kunden unter den goldfördernden und goldverarbeitenden Unternehmen mit einschlägigen kirgisischen Unternehmen schaffen.

Es zeichnet sich auch die Tendenz ab, daß russische Banken Unternehmen der nationalen Industrie in den GUS-Ländern Kredite gewähren. Gute Erfahrungen bei der Investitionszusammenarbeit mit weißrussischen Produzenten hat die "Awtobank". Sie gewährte der weißrussischen Produktionsvereinigung "Atlant" (Minsker Kühlschranksfabrik) einen Kredit zur Unterstützung eines Programms zur Herstellung von Kompressoren für die in Rußland beliebten Kühlschränke der Marken "Minsk" und "Stinol". Der Kredit wurde schnell getilgt. Als Garantie für die Rückzahlung des Kredits diente der "Awtobank" der von den russischen Kühlschrankschälern eingehende Exporterlös der Produktionsvereinigung. Ein weiteres Investitionsprojekt der "Awtobank" in Weißrußland ist ein Kredit für eine Glasfabrik in Gomel (in Höhe von 8 Mio. \$ auf 2 Jahre). Die Regierung Weißrußlands hat Garantien für diesen Kredit gegeben. Die Filiale der Mosbisnesbank in Weißrußland investiert eigene Mittel in Unternehmen zur Herstellung von Reifen, wobei sie diejenigen Produktionszweige unterstützt und entwickelt, die mit der russischen Industrie kooperieren.<sup>40</sup>

Die genannten Tendenzen bei der Ausweitung der russischen geschäftlichen Präsenz auf den Märkten der GUS-Länder werden sich wohl verstärken. Was die geographischen (landesspezifischen) Präferenzen angeht, so sind für russische Firmen und Banken diejenigen Länder am wichtigsten, in denen der Liberalisierungsgrad und die Offenheit der Märkte am größten sind und die gerade für russisches Kapital am attraktivsten sind, d.h. in denen die Möglichkeit besteht, Nischen im Konkurrenzkampf zu besetzen. Am stärksten wird bisher die "europäische" Richtung bevorzugt: Ukraine, Moldawien, baltische Staaten und Weißrußland sowie in Mittelasien: Usbekistan, Kirgisien und Kasachstan.

---

<sup>39</sup> Kommersant-Daily, 2.11.1995.

<sup>40</sup> Ebenda.

## **2. Die Außenwirtschaftspolitik Rußlands in der GUS-Region: Widersprüche auf dem Weg der multilateralen Integration**

Die Evolution der Außenwirtschaftspolitik Rußlands im nahen Ausland hat in einem weiten Bereich stattgefunden. Vom anfänglichen Ignorieren der nationalstaatlichen Interessen der neuen unabhängigen Staaten, als die russische Führung hoffte, der gemeinsame Wirtschaftsraum werde sich bei "transparenten" Grenzen innerhalb der ehemaligen UdSSR selbst erhalten, ging man dazu über, die Rubelzone durch einen harten Kurs gegenüber den GUS-Partnern, der diese zur Einführung nationaler Währungen zwang, aktiv zu "zerschlagen". In den ersten Jahren der Existenz der GUS, die mit der Regierung Gajdar-Fjodorow zusammenfielen, tat Rußland was es nur konnte, um die Nachbarn möglichst schnell aus der Rubelzone "hinauszudrängen". Seinen Beitrag dazu leistete auch der IWF, der darauf hinwies, daß die Kreditierung des gegenseitigen Handels der Hauptfaktor der Inflation in Rußland sei. Als daraufhin für die Produkte vieler Zweige der eigenen Industrie eine Absatzkrise eintrat, kehrte die Regierung zur Praxis der Kreditierung des gegenseitigen Handels zurück, jedoch wurden die technischen (zinslosen) Kredite in Staatsschulden umgewandelt mit der Bedingung, sie nach und nach zu tilgen. Sodann folgten vergebliche Versuche, eine "Rubelzone neuen Typs" auf der Basis des nunmehr russischen Rubel (des Musters vom Juli 1993) zu schaffen, und schließlich kam man auf die Idee einer Wirtschaftsunion mit den GUS-Ländern, für die der Gründungsvertrag von Rußland und den anderen Mitgliedsländern im September 1993 unterzeichnet wurde.

1994 setzte sich in Rußland die Integrationsstrategie gegenüber dem "nahen Ausland" endgültig als offizieller Kurs durch, was mit der Ratifizierung des Vertrages über die Wirtschaftsunion durch das Parlament der Russischen Föderation bestätigt wurde.

Das Jahr 1995 begann mit einer Reihe von Unterzeichnungen verschiedener multilateraler Vereinbarungen und Abkommen Rußlands mit den GUS-Ländern, mit denen die Idee der Wirtschaftsunion weiterentwickelt werden sollte: Abkommen über die Schaffung einer Freihandelszone, über eine Zollunion, über die Gründung des Zwischenstaatlichen Wirtschaftskomitees, über die Zwischenstaatliche Bank und über das Währungskomitee. Im September 1995 folgte auf der innerstaatlichen Ebene der "Strategische Kurs Rußlands mit den Teilnehmerländern der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten". Von diesem Moment an konzentrierte sich die praktische Hauptarbeit zur Realisierung des offiziellen Integrationskurses gewissermaßen "oben": Es wurden immer neue Organe der multilateralen Zusammenarbeit gebildet, und es entfalteten sich "Koordinationsaktivitäten".

Heute kann man behaupten, daß die meisten der früher auf höchster Ebene getroffenen Vereinbarungen wenig realistisch und als Instrument einer wirklichen wirtschaftlichen Interaktion der GUS-Staaten auf multilateraler Basis wenig effizient sind. Es muß leider festgestellt werden, daß zwischen der Unterzeichnung gemeinsamer, auf Integration ausgerichteter Dokumente und ihrer praktischen Verwirklichung ein langer Weg liegt. Dies gilt um so mehr, als viele Abkommen, die im Anschluß an den Vertrag über die Wirtschaftsunion geschlossen wurden, sich als praxisfern und losgelöst von den inneren Entwicklungsprozessen der Wirtschaft in der GUS erwiesen haben. Diese Abkommen eilen



der Entwicklung entweder voraus oder kopieren westliche Muster (besonders beliebt ist bei unseren Politikern das Beispiel der EU), aber sie haben unter den konkreten Bedingungen der gegenwärtigen Entstehungsphase der Übergangswirtschaften keine Chance auf Verwirklichung.

Schließlich hingen die Vereinbarungen im Rahmen des "schrittweisen Aufbaus der Wirtschaftsunion" ebenfalls in der Luft: Die Zwischenstaatliche Bank der GUS nahm ihre Arbeit nicht auf, die Zollunion hat einen sehr begrenzten Rahmen und erweist sich bei näherem Hinsehen als im Erosionsprozeß befindlich, was ihren Teilnehmern wirtschaftlich schadet (siehe unten). Für Spezialisten ist völlig klar, daß die Idee einer Integration nach dem Muster und in Analogie zu Gesamteuropa auf die GUS nicht anwendbar ist, jedenfalls nicht in der gegenwärtigen Etappe.

Daß die Idee einer schrittweisen Integration nach dem Modell der EU faktisch gescheitert ist, hat Rußlands Präsident Jelzin eingeräumt, als er nach Beendigung des Gipfels der GUS-Staatschefs im Februar 1996 sagte: "Die Integration der GUS wird nicht etappenweise, sondern länderweise stattfinden." Demnach hat er wohl verstanden, daß für Übergangswirtschaften mit unterschiedlichem Reformtempo eine multilaterale Zusammenarbeit von Staaten, bei der einheitliche "wirtschaftliche Spielregeln" vorgesehen sind, nicht gelingen kann.

Die Idee der "länderweisen Integration" bzw. der sogenannten Integration in verschiedenen Geschwindigkeiten im Rahmen des postsowjetischen Raumes nahm Anfang 1996 Gestalt an, als Rußland daran ging, eine Annäherung an die "für eine enge Integration am besten vorbereiteten GUS-Staaten" zu betreiben. Ausdruck dieser Politik war die Unterzeichnung des Vertrags über die Bildung einer Gemeinschaft Rußlands und Weißrußlands und des Vertrags über eine vertiefte Wirtschaftsintegration zwischen Rußland, Kasachstan, Kirgisien und Weißrußland im März-April 1996. Die Politiker beeilten sich, zum wiederholten Mal zu erklären, daß hier ein "Integrationskern" der GUS gebildet werde. Gemäß den Vereinbarungen wurden zur Weiterentwicklung dieser Verträge (bei denen es sich wieder nur um Rahmenverträge handelte, in denen die Bedingungen für die Zusammenarbeit und die Mechanismen zu ihrer Ausführung nicht konkretisiert wurden) mehrere neue zwischenstaatliche Verwaltungsorgane gebildet, bei denen nicht verständlich ist, wie sie miteinander zusammenhängen, und deren Subordinationssystem unklar ist. Journalisten haben das neue Modell, das sich in der GUS herabildet, "Matrjoschka" getauft: Innerhalb der "Zwölferunion" (so viele Mitglieder haben den Vertrag über die Wirtschaftsunion unterzeichnet) besteht die "Viererunion" und in dieser wiederum die "Zweierunion".

Alle Definitionen von "Integration in verschiedenen Geschwindigkeiten" und alle "Matrjoschka"-Konstruktionen sind Euphemismen, mit denen die einfache Wahrheit verschleiert werden soll, *daß sich die Wirtschaftsbeziehungen Rußlands mit den übrigen GUS-Ländern heute ausschließlich auf bilateraler Basis entwickeln, wobei sich die Bedingungen der Zusammenarbeit bei jedem Länderpaar nach "Enge" und Präferenzen stark unterscheiden*. Was die multilaterale Wirtschaftsintegration betrifft, so gibt es sie praktisch nicht, es gibt nur koordinierte Aktivitäten der Scheinintegration, die auf einen Wust schlecht miteinander

korrespondierender Verträge und Abkommen sowie auf die Bildung immer neuer zwischenstaatlicher Koordinationsorgane hinauslaufen. Insgesamt findet die Heranbildung einer Beamtenschicht und einer Bürokratie statt, die sich mit Angelegenheiten einer Scheinintegration befassen.

Im Prinzip sind auch in der Europäischen Union die Größenordnungen der "Eurobürokratie" gewaltig, und in Europa wie auch in anderen Integrationsgruppierungen gehen die Ideen den real heranreifenden Bedingungen für die Integration voraus – das ist normal. Aber in der GUS hat die Reihe der Integrationsinitiativen einen gewissen Mythos von der fortschreitenden Integration, von der "Wiederherstellung des Imperiums" geschaffen. Dabei wird jedesmal, wenn wieder ein Konzept scheitert und Beschlüsse verschleppt werden, vom "Fehlen eines Mechanismus zur Realisierung des Abkommens" gesprochen, und sofort werden auch die guten Beschlüsse vergessen und neue gefaßt.

Vorstellungen einer allzu engen Integration schrecken viele potentielle GUS-Partner Rußlands von der Wirtschaftsunion ab. Sie fürchten sehr, ihre erst kürzlich gewonnene Souveränität zu verlieren, und haben große Angst vor überstaatlichen Gebilden jeglicher Art. So, wie es unter den Ländern Europas "Euroenthusiasten" und "Euroskeptiker" gibt, die der Idee eines einheitlichen Europas unterschiedlich gegenüberstehen, so hat auch die GUS ihre "Unionsfeinde" – Ukraine, Usbekistan, Turkmenistan, Aserbaidschan – und ihre "Unionsfreunde" – Weißrußland, Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan – sowie Länder mit einer nicht deutlich ausgeprägten Pro- oder Antiintegrationshaltung – Moldawien, Georgien, Armenien.

Die *Realitätsferne und geringe Effizienz der Integrationspolitik* ist bereits offen zutage getreten. Rußland ist wegen finanzieller Beschränkungen nicht imstande, die Rolle als Integrationskern der Gemeinschaft auszufüllen: Die Möglichkeiten, als Geber aufzutreten, sind erschöpft.

Nach Berechnungen des Ministeriums für Zusammenarbeit sind 1997 für die Kreditierung des Handels Rußlands mit den GUS-Ländern 1,2 Billionen Rubel erforderlich; für 1996 waren es 600-700 Mrd. Rubel.<sup>41</sup> Real sind im Haushalt der Russischen Föderation für 1996 insgesamt nur 200 Mrd. Rubel für diese Zwecke vorgesehen.<sup>42</sup>

Die Gesamtverschuldung der Staaten der Gemeinschaft gegenüber Rußland betrug Anfang 1996 ca. 9 Mrd. US-Dollar (einschließlich der früher gewährten Kredite, der Schulden für Energieressourcen und für Produktlieferungen über "Roskontrakt" sowie des Saldos der Direktbeziehungen zwischen Unternehmen).<sup>43</sup>

Selbst seinem engsten Partner Weißrußland, mit dem es die Gemeinschaft souveräner Staaten gebildet hat, kann Rußland nicht helfen, die anstehenden Finanzprobleme zu lösen. So erhielt

---

<sup>41</sup> Rossijskaja Federacija, Nr. 10/1996, S. 7.

<sup>42</sup> Gesetz der RF "O bjuǒzete RF na 1996 g." ("Über den Haushalt der RF für 1996"), Artikel 4, in: Rossijskaja gazeta, 10.1.1996, S. 3.

<sup>43</sup> Rossijskaja gazeta, 7.7.1996, S. 6.

die russische Regierung, die der weißrussischen Seite vorgeschlagen hatte, "die vier bis fünf wichtigsten Unternehmen zu benennen, an deren Sanierung Rußland sich beteiligen könnte", als Antwort eine Liste mit 23 Unternehmen mit einer Investitionssumme von insgesamt über 3 Billionen Rubel. Dazu erklärte Präsident Jelzin auf einer Sitzung des Obersten Rates der Gemeinschaft beider Länder im Juni 1996 in Brest: "So sehr Rußland es auch möchte, es kann heute finanzielle Verpflichtungen in diesem Umfang nicht übernehmen."<sup>44</sup> Moskau hat es auch nicht eilig, die "Null-Variante" in den bilateralen Beziehungen zu Weißrußland zu realisieren, d.h. Minsk zu entschulden, wie es im Februarabkommen von 1996 vorgesehen war. Das Finanzministerium der Russischen Föderation ist nicht gewillt, weißrussische Wechsel zu akzeptieren, die das Finanzministerium der Republik Belarus in Höhe von 91,9 Mrd. Dollar (für Schuldentilgung gegenüber der RAG "Gasprom") und 470,8 Mio. Dollar (Summe der Schulden gegenüber der RF aufgrund von Regierungskrediten 1992-1995) ausgab.<sup>45</sup>

Gegen multilaterale Zusammenarbeit, zu deren Organisation heute weder Rußland noch seine Partner bereit sind (und das nicht nur aus politischen Gründen, sondern auch wegen der Unterschiedlichkeit der wirtschaftlichen Interessen), spricht des weiteren eine Analyse der mißglückten Versuche zur Schaffung multilateraler Wirtschaftsorganisationen in der GUS, die überhaupt nicht "funktionieren": Die Rede ist hier von der Zwischenstaatlichen Bank, dem Währungskomitee u.a. Das aufschlußreichste Beispiel ist dabei die Zollunion, die von den Apologeten der Integration als die größte Errungenschaft der Zusammenarbeit in den letzten beiden Jahren ausgegeben wird. Die realen Fakten bezeugen aber das Gegenteil.

Rußlands Möglichkeiten, den besonders im letzten Präsidentschaftswahlkampf so stark propagierten Integrationskurs in den Beziehungen zu den GUS-Ländern zu realisieren, sind äußerst begrenzt. Die vielen neuen politischen Initiativen sind jedesmal zum Scheitern verurteilt.

Wodurch wird die multilaterale Zusammenarbeit gebremst?

1. Durch eine objektive Phase der Desintegration des postsowjetischen Raums, den Zerfall des einheitlichen volkswirtschaftlichen Komplexes der UdSSR im Zuge der Systemtransformation. Diese Phase willkürlich zu "überspringen", ist unmöglich, so wie es auch unmöglich ist, die alten Verbindungen wiederherzustellen, von denen viele unwiederbringlich verloren sind, da sie unter prinzipiell andersartigen wirtschaftlichen Bedingungen entstanden waren. Bislang stoßen die neuen unabhängigen Staaten bei der Umorientierung ihrer Wirtschaftsbeziehungen auf neue Märkte nicht auf irgendwelche Hindernisse, die Rückwendung zum russischen Markt beginnt noch nicht. Ebenso muß auch in Rußland das Interesse der Wirtschaftssubjekte am GUS-Markt ein natürliches und nicht ein von oben verordnetes sein. Das läßt sich am Beispiel der Wiederherstellung der Verbindungen nach dem Auseinanderbrechen des RGW beobachten.

---

<sup>44</sup> Interfaks. Novosti, 22.6.1996.

<sup>45</sup> "Interfaks-AiF", Nr. 30, 22.-28.7.1996.

2. Zum Teil wird die Integration durch die unklare Haltung Rußlands gebremst. Erklärte "Priorität" haben die Verbindungen mit den GUS-Ländern, was aber nicht der Wirklichkeit entspricht, denn sie machen heute beim Warenumsatz der Russischen Föderation nur insgesamt 25% aus, während die übrigen 75% auf die Länder Westeuropas, die USA und Asien entfallen. Daß das Prioritätskonzept nicht realisiert werden kann, liegt, wie schon gezeigt worden ist, auch an zahlreichen Beschränkungen der finanziellen Ressourcen und am Haushaltsdefizit der Russischen Föderation.
3. Innerhalb des Landes und innerhalb der Exekutive besteht keine einheitliche Haltung zur Zusammenarbeit mit dem nahen Ausland. Das Ministerium für Zusammenarbeit der RF, zu dessen Kompetenzen diese Richtung der Außenbeziehungen gehört, ist "dafür", d.h. es bemüht sich um eine Erhöhung der Kredite an die GUS-Staaten zur Unterstützung der Handelsbeziehungen. Das Finanzministerium ist im Hinblick auf den defizitären Haushalt gegen Finanzhilfe. Das Staatliche Zollkomitee setzt sich für die Idee der Zollunion ein, faßt aber in der Praxis einseitige Beschlüsse, die die Rechte und die wirtschaftlichen Interessen der anderen Teilnehmer dieser Vereinigung einengen. Das Ministerium für Außenwirtschaftsbeziehungen Rußlands ist gegen die Bildung einer Zollunion, statt dessen befürwortet es Freihandelszonen und den Beitritt Rußlands zur Welthandelsorganisation (WTO).
4. Ein erhebliches Hindernis für die Integration sind die unterschiedlichen Positionen der verschiedenen GUS-Staaten. Diese erklären sich durch Divergenzen ihrer objektiven Wirtschaftsinteressen und durch die subjektiven Ziele der einzelnen politischen Führer.
5. Nicht unbeachtet bleiben darf auch der gegen Vereinigungstendenzen in der GUS gerichtete Widerstand des Westens, der ein Spiel treibt, das auf die inneren Widersprüche in der Gemeinschaft, besonders auf der Achse Rußland-Ukraine, setzt. Nicht zu unterschätzen ist auch der Umstand, daß es vielen westlichen Firmen fünf Jahre nach dem Auseinanderbrechen der UdSSR gelungen ist, auf den Markt der ehemaligen Unionsrepubliken vorzudringen. Diese Positionen, besonders auf dem Rohstoffsektor Kasachstans, Usbekistans, Turkmenistans und Aserbaidschans, wollen sie nicht aufgeben.

Alle diese Faktoren verzögern eine Annäherung auf multilateraler Basis und zwingen dazu, die laufende Politik im Sinne größerer Realitätsnähe zu korrigieren. Dies wird durch den Beginn der Arbeit an einer *Konzeption zur Verstärkung des wirtschaftlichen Einflusses Rußlands im postsowjetischen Raum (einschließlich der baltischen Länder) unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Sicherheit des Landes* bestätigt.

### **3. Subregionale Wirtschaftsgruppierungen in der GUS mit Beteiligung Rußlands**

Die bestehenden Unterschiede in der geopolitischen und außenwirtschaftlichen Orientierung der Staaten der ehemaligen UdSSR sind ein Hindernis auf dem Weg zu ihrer multilateralen Integration und bewirken eine Regionalisierung der wirtschaftlichen Landschaft sowie die Bildung subregionaler Wirtschaftsgruppierungen unter den neuen unabhängigen Staaten.

Diese zwischenstaatlichen Gebilde haben gleichzeitig die Funktion politischer Allianzen und die von Wirtschaftsunionen mit unterschiedlichem Grad an innerer Integration.

Ende 1996 hatten sich vier regionale Gruppierungen aus den Nachfolgestaaten der UdSSR gebildet (s. Tabelle 5). Diese Gruppierungen lassen sich zwei verschiedenen Typen zuordnen.

Beim ersten Typ regionaler Unionen handelt es sich um *Vereinigungen zweier oder mehrerer Staaten vergleichbarer Größe* mit gemeinsamen Grenzen und einem vergleichbaren demographischen und wirtschaftlichen Potential. In ihnen gibt es in der Regel keinen führenden Staat, der das "Zentrum" oder den "Kern" der Gruppierung bildet, sondern es werden durch schrittweise Konsensbildung und Suche nach Kompromissen, die alle Seiten zufriedenstellen, einheitliche "Spielregeln" im Wirtschaftsbereich erarbeitet.

Diesem Typ läßt sich heute auch die Baltische Union zuordnen, in der keiner der Mitgliedstaaten eine dominierende Stellung innehat. Von ähnlicher Art ist die Zentralasiatische Union, obwohl es in ihr mit Usbekistan und Kasachstan zwei "informelle" Führungsmächte gibt, was zu ernsthaften Widersprüchen führt und die Gefahr einer Spaltung in sich birgt. Die ukrainisch-moldawische Union kann, wenn sie gebildet wird, ebenfalls diesem Typ zugeordnet werden, obwohl die Ukraine in dieser Union zweifellos ein Übergewicht haben wird. Aber der Übergangscharakter dieser Gruppierung – ihr letztlisches Ziel ist der Anschluß an die Mitteleuropäische Freihandelsassoziation (CEFTA) – gestattet es der Ukraine nicht, dem Partner ihr außenwirtschaftliches Modell aufzuzwingen.

Der zweite Typ der heutigen regionalen Unionen sind *Vereinigungen, die sich um Rußland herum bilden*, an denen Rußland sich beteiligt und in denen es eine dominante Rolle spielt. Alle Unionen mit Rußland entwickeln sich unausweichlich in der Weise, daß die anderen Mitglieder der Gruppierung russische Gesetzesnormen unverändert oder leicht verändert übernehmen und daß sie allmählich vom Wirtschaftsraum der Russischen Föderation geschluckt bzw. ihm angeschlossen werden. Jede neue Gemeinschaft mit Beteiligung Rußlands hat ihre ganz eigenen Merkmale: Rußland wird zum Zentrum der Union, und die regionale Integration erhält eine Nuance, die sie wie eine Ausweitung des russischen Wirtschaftsraums aussehen läßt, wobei die neuen Mitglieder und ihre Wirtschaftssysteme "angebunden" werden.

Tabelle 5

Regionale Wirtschaftsvereinigungen im Raum der ehemaligen UdSSR 1996

<i>Name der Organisation</i>	<i>Teilnehmerländer</i>	<i>Jahr der Gründung bzw. des Beitritts</i>	<i>Art der Vereinigung, Entwicklungsperspektive</i>
<i>I. An Rußland orientierte Vereinigungen</i>			
1. Gemeinschaft Rußland – Weißrußland = "Zweiervertrag"	Rußland Weißrußland	April 1996 Vertrag im August 1996 in Kraft getreten	Zollunion. Auf weitere Sicht: gemeinsamer Markt, Währungsunion auf Rubelbasis, Staatenkonföderation
2. Zollunion Rußland, Weißrußland, Kasach-	Rußland Weißrußland	6.1.1995 (Rußland, Weißrußland)	Zollunion. Auf weitere Sicht:

stan und Kirgisien = "Vierervertrag"	Kasachstan Kirgisien	20.1.1996 (Kasachstan) 29.3.1996 (Kirgisien)	Zahlungsunion und gemeinsamer Markt
<i>II. Vereinigungen ohne Beteiligung Rußlands</i>			
3. Zentralasiatische Union (ZAU) = Zentralasiatischer Wirtschaftsraum; inoffiziell "Dreierunion"	Kasachstan Usbekistan Kirgisien (Rußland und Tadschikistan als Beobachter)	1991: Gründung der ZAU 1995: Abkommen über die Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsraums in Zentralasien	Gemeinsamer Markt erklärt. Auf weitere Sicht: Währungsunion
4. Baltische Union = Freihandelszone der baltischen Länder	Estland Lettland Litauen	Vertrag vom September 1993; in Kraft getreten am 1.4.1994 1996: neue Verträge über Freihandel	Freihandelszone. Auf weitere Sicht: Zollunion, politische Union, Anschluß an die EU
5. Osteuropäische Zollunion (vorläufiger Name)	Ukraine Moldawien (einschließlich Transnistriens als gesonderte Partei im Regierungsabkom- men)	Anfang 1997 (Vorbereitungsstadium)	Zollunion. Auf weitere Sicht: Beitritt zur CEFTA

Was den *Inhalt der Integration* angeht, so sind die sich heute formierenden regionalen Gruppierungen entweder Freihandelszonen oder Zollunionen, d.h. sie bilden das niedrigste, das Anfangsstadium integrativer Zusammenschlüsse. Die in den Gründungsdokumenten deklarierten Ziele – einheitlicher Binnenmarkt (gemeinsamer Markt), Währungs- oder Zahlungsunion – sind in der Regel Perspektiven, die aber wohl in absehbarer Zukunft unerreichbar sind.

Das Entstehen neuer regionaler Gruppierungen neben der Gemeinschaft der zwölf unabhängigen Staaten hat einige Experten veranlaßt, vom Zerfall der Gemeinschaft in "Interessenklubs" zu sprechen. Die realen wirtschaftlichen Entwicklungen scheinen heute wesentlich komplizierter zu sein. Vom Zerfall der GUS in regionale Gruppierungen zu sprechen, ist insofern falsch, als die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten wie oben erwähnt keine integrative Gruppierung im wirtschaftlichen Sinne ist.

Im weiteren soll konkret erörtert werden, was die bestehenden Vereinigungen mit Beteiligung Rußlands im Hinblick auf ihre Gründungsziele und Funktionsmechanismen sind.

Die *Zollunion der "Vier"* ist die Vereinigung Rußlands mit Weißrußland, Kasachstan und Kirgisien. Nicht selten wird sie als Integrationskern einer künftigen Wirtschaftsunion der GUS-Länder angesehen. Diese Union entstand seit Januar 1995 stufenweise und erhielt im Frühjahr 1996 ihre jetzige Form (s. Tabelle 5). Die Zollunion von drei Staaten war faktisch bereits in die zweite Etappe eingetreten, als sich ihr Kirgisien anschloß (geplant war auch der Beitritt Usbekistans und Aserbaidschans), aber der nunmehr von der "Vierergruppe" unterzeichnete Vertrag besitzt eine breitere Perspektive, wie schon aus seinem Namen hervorgeht.<sup>46</sup>

<sup>46</sup> Vertrag zwischen Weißrußland, Kasachstan, Kirgisien und Rußland über die Vertiefung der Integration im wirtschaftlichen und humanitären Bereich [Dogovor ob uglublenii integracii v ekonomičeskoj i gumanitarnoj oblastjach meždu Belorussiej, Kazachstanom, Kirgiziej i Rossiej], April 1996.

Der Vertrag steht allen Mitgliedstaaten der GUS, die einen einheitlichen Zollraum mit Rußland bilden wollen, zum Beitritt offen. Nach der Art der Koordinierungsstrukturen der GUS hat die Zollunion ihre eigenen zwischenstaatlichen Strukturen: den Zwischenstaatlichen Rat, das Interparlamentarische Komitee und das Integrationskomitee (IK). Das letztere entspricht dem Zwischenstaatlichen Wirtschaftskomitee für die GUS und besteht aus Regierungsmitgliedern der vier Staaten. Dieses Gremium soll der hauptsächliche Garant dafür sein, daß alle Vertragsparteien die Bedingungen des Wirtschaftsabkommens über die Zollunion erfüllen. Vorsitzender des IK ist 1996 der erste Vizepremier von Kasachstan, Nigmatshan Issingarii.

Entsprechend dem Vertrag über die Bildung der Zollunion gilt das Territorium der Teilnehmerländer von nun an als einheitliches Zollgebiet. Zwischen den Ländern sollen alle tarifären und nichttarifären Hemmnisse für den Transport von Waren, die in den Ländern der "Viererguppe" hergestellt sind, beseitigt werden, aber an den Außengrenzen der Union sollen einheitliche Zollregelungen angewandt werden, d.h. im Handel mit Drittländern muß die Import- und Exportpolitik vereinheitlicht werden.

Im ersten Halbjahr 1996 wurde die erste Etappe in der Bildung der Organisation abgeschlossen und mit der Arbeit an der zweiten Etappe begonnen. Tarifäre und nichttarifäre Hemmnisse im gegenseitigen Handel wurden abgeschafft, die Zollkontrolle zwischen den Ländern – an der russisch-weißrussischen, der russisch-kasachischen und der kasachisch-kirgisischen Grenze – entfiel, und es wurden die Grundlagen für einen rechtlich-normativen Unterbau für das Funktionieren der Zollunion gelegt. Schon in der Anfangsphase (1995) hatten Rußland, Weißrußland und Kasachstan die verbliebenen Ausnahmen von den Freihandelsregelungen zwischen ihren Ländern aufgehoben und machten sich dann an die Vereinheitlichung der Außenwirtschafts- und Zollgesetzgebung. Im wesentlichen bedeutete diese Vereinheitlichung, daß Weißrußland und Kasachstan die russischen "Spielregeln" übernahmen. Nun ist die Arbeit zur Festsetzung identischer Zollsätze gegenüber Drittländern und zur Gewährleistung der Einheitlichkeit bei der Regelung der Außenwirtschaftstätigkeit in Angriff genommen worden.

Der spätere Anschluß Kirgisiens an die "Dreierunion" hatte zwar eine gewisse Verzögerung bei der Realisierung der Maßnahmen der zweiten Etappe (äußere Abkommen) zur Folge, aber die Vereinheitlichung ging in diesem Fall erheblich schneller voran als etwa bei Kasachstan. Hier wirkte sich die Größenordnung der kirgisischen Wirtschaft ebenso aus wie die Bereitschaft des Landes, den russischen Regeln zu folgen.

Zum Herbst 1996 wurden innerhalb der "Viererguppe" alle Zahlungen, die beim Export und Import von Waren erhoben werden, abgeschafft: Zölle sowie Steuern und Abgaben "gleichwertiger Bedeutung" (wie es im Abkommen heißt). Das betrifft nur Güter, die vom Territorium der genannten Staaten kommen. In Rußland profitieren von einer solchen Regelung zweifellos sowohl die Exporteure als auch die Importeure.

Die Bildung einer Zollunion der GUS-Länder, wenn auch mit begrenzter Mitgliederzahl, hat es möglich gemacht, daß diese Länder ihren gegenseitigen Handel aktiviert haben: ihren

Export in die übrigen GUS-Länder und für Rußland auch den Import aus der Region der Gemeinschaft. Das wird durch die Statistik belegt.

Die hauptsächlichen Probleme bei der Entwicklung dieser regionalen Vereinigung betreffen die Beziehungen der Teilnehmerländer zu Drittstaaten, die mit ihnen kein gemeinsames Zollgebiet bilden. Es geht hier um die Ausarbeitung eines einheitlichen Tarifsystems, das die Zollunion an ihren Außengrenzen schützt, sowie um Fragen der Gewährleistung wirtschaftlicher Sicherheit für jeden Teilnehmer mit Blick auf das eingeschränkte Gebiet der Zollunion, "transparente" Grenzen zu den übrigen GUS-Mitgliedern und das Angrenzen an Freihandelszonen, deren Ordnung sich auf einige Nachbarländer erstreckt.

Die wichtigsten Prinzipien für das Funktionieren einer Zollunion sind bekanntlich gleichartige wirtschaftliche Methoden zur Steuerung der Außenbeziehungen und einheitliche Handelsregelungen gegenüber Drittländern. Aber Gleichartigkeit der Steuerungsmethoden und Einheit der Außenhandelspolitik lassen sich nicht automatisch erreichen: Heute sind in den Ländern der "Vierergruppe" gravierende strukturelle Unterschiede zu erkennen, die Reformen sind unterschiedlich weit vorangekommen, und die Abhängigkeit von Außenbeziehungen ist ebenfalls sehr unterschiedlich. Das hat zur Folge, daß bei der Synchronisierung der Außenwirtschaftspolitik ernsthafte Widersprüche entstehen und einzelnen Teilnehmern an der Union durch einige Maßnahmen direkt geschadet wird. Beispiele dafür gibt es in großer Zahl. Hier sollen nur die bezeichnendsten genannt werden, die zeigen, daß die Idee der Zollunion offenbar den realen Voraussetzungen vorausgeeilt ist und daß das "Überspringen" der Etappe der Freihandelszone in vieler Hinsicht verfrüht war.

Eine typische Erscheinung im zweiten Jahr des Bestehens der Zollunion war die (mal von dem einen, mal von dem anderen Teilnehmer vollzogene) einseitige Revision der Tarifsätze, und zwar besonders häufig der Importtarife, also derjenigen, die den Inlandsmarkt schützen. Wie schon ausgeführt, ist das Tarifsysten in der "Vierergruppe" im wesentlichen an das russische System angebunden; folglich äußern sich darin die Interessen Rußlands in der Außenwirtschaftspolitik gegenüber Drittländern. Hier sind auch die hauptsächlichen Unstimmigkeiten entstanden.

Kasachstan kündigte im April 1996 die Senkung der Importtarife für ein breites Sortiment seiner Waren an. Mit diesem Schritt sollen die Handelsbeziehungen zum Westen verbessert werden, aber gleichzeitig werden dadurch Spannungen in der Zollunion mit den Nachbarn erzeugt. Es geht dabei um die Importtarife für Möbel, Produktions- und Landwirtschaftsausrüstungen sowie Autos (für die die Tarife von 40 auf 2% gesenkt wurden), d.h. für Produkte solcher Branchen, die Rußland vor qualitativ besseren und billigeren Einfuhren schützen will.<sup>47</sup> Hier liegt eine offenkundige Inkongruenz der Industriestruktur Rußlands und Kasachstans vor: Die russische Automobilindustrie und der Landmaschinenbau sind durch gigantische Fabriken vertreten, die auf den Inlandsmarkt orientiert und im Vergleich zu analogen Importprodukten nicht konkurrenzfähig sind. Natürlich schützt Rußland seine nationalen Gesellschaften, u.a. durch die Tarifpolitik. Kasachstan dagegen

---

<sup>47</sup> Finansovye izvestija, 14.5.1996.



produziert keine Kraftfahrzeuge und Mähdrescher und ist daher an der Ausweitung ihres Imports interessiert.

Auch Weißrußland hat eine Branchenstruktur, die sich stark von derjenigen Rußlands unterscheidet: Der Grad der Versorgung mit verschiedenen Rohstoffen ist erheblich niedriger als in Rußland, aber entsprechend dem Abkommen muß das Land die einheitlichen Zollsätze für die Einfuhr von Waren aus Drittländern erheben. Die Übernahme des russischen Importtarifs hat in Weißrußland zu einer starken Verteuerung des Imports, zu erhöhten Produktionskosten in einigen Branchen und zu verminderter Konkurrenzfähigkeit heimischer Waren auf ausländischen Märkten geführt. So mußten etwa die Unternehmen der Bekleidungsindustrie für importierte Stoffe aus Naturfasern, die im Lande nicht hergestellt werden, hohe Zölle bezahlen und verloren damit aus Preisgründen die Konkurrenzfähigkeit für Fertigerzeugnisse. Fast schon skandalös war die Einführung hoher Importtarife für Autos ausländischer Marken, was die Interessen eines Landes, das selbst keine PKW baut, spürbar beeinträchtigt. In diesem Fall wurde, um die Verluste Weißrußlands auszugleichen, auf Regierungsebene der Russischen Föderation und der Republik Belarus die Aufrechterhaltung unterschiedlicher Verbrauchssteuersätze für Importautos vereinbart: In Weißrußland waren sie 1995 nach wie vor um ein Drittel bis die Hälfte niedriger als in Rußland. Aber eine solche Situation diskreditiert die Idee der Zollunion und kann sich auch schädlich auf den russischen Haushalt auswirken.

Die angeführten Beispiele zeigen, daß noch vieles aufeinander abzustimmen und zu vereinheitlichen ist, wenn die Zollunion beiden Seiten Vorteile bringen soll und wenn die Zoll- und Steuerbarrieren den einheitlichen Markt der Gemeinschaft schützen sollen. Vorläufig aber hat Rußland gewisse finanzielle Verluste zu tragen.

Sehr schwierig und strittig sind die Aussichten für einen Beitritt der Teilnehmer an der Zollunion in die WTO. Vor allem Rußland strebt dorthin, und auch Kasachstan und Kirgisien haben schon einen Aufnahmeantrag gestellt. Durch die Mitgliedschaft nur eines Landes der Zollunion in der WTO kann ein anderer Partner, der dieser Organisation nicht beigetreten ist, Verluste davontragen.

Die Hauptwidersprüche im Rahmen der Zollunion der "Vier" wurden so eingehend behandelt, um die These von der übermäßigen Politisierung der Fragen im Zusammenhang mit der Bildung regionaler Unionen aus den ehemaligen Sowjetrepubliken zu illustrieren. Eine künstliche Beschleunigung der natürlichen sozialökonomischen Prozesse – und die wirtschaftliche Integration gehört dazu – führt zum Entstehen zeitweiliger Unionen, die nicht dauerhaft und häufig ineffizient sind. Die Zollunion in ihrer heutigen Form gehört wohl zu solchen wenig effizienten Gebilden, auch wenn sie durch den gegenseitigen Handel eine erste Wirkung gezeigt hat. Aber die gleiche Wirkung hätte man auch mit einer Freihandelszone der GUS-Staaten erreichen können, wenn man sich streng an das Abkommen gehalten hätte. Was die Rolle der Union als Instrument für eine abgestimmte Struktur- und Außenwirtschaftspolitik betrifft, so erfüllt sie diese Aufgabe nicht und kann sie nicht erfüllen; unter dem Einfluß immer tiefer werdender Widersprüche "gerät sie aus den Fugen". Nicht ausgeschlossen ist, daß die Mitglieder der "Viererunion" in nächster Zukunft im

gegenseitigen Austausch zu einer Freihandelszone und zu differenzierten Zollregelungen nach außen übergehen. Wenn sich solche Tendenzen durchsetzen, dann stellt das die Möglichkeit einer Integration der GUS-Länder nach einem heliozentrischen Modell mit Kern Rußland überhaupt in Frage.

Die *Gemeinschaft Rußland-Weißrußland* ist eine weitere Vereinigung mit Beteiligung Rußlands. Was sie ihrer Natur nach – und nicht nach den im "Zweiervertrag" deklarierten Absichten – genau ist, ist weit weniger klar als die Natur der vierseitigen Zollunion.

Der "Zweiervertrag" sieht ein höheres Maß an Integration für diese Länder vor, als es im Rahmen der Zollunion, der beide Staaten angehören, angelegt ist. Studiert man aufmerksam die Gründungsdokumente und die Praxis des Zusammenwirkens beider Länder im ersten Halbjahr nach Abschluß des Vertrages (April-Oktober 1996), dann zeigt sich, daß die Teilnehmerländer der Vereinigung nicht viel weiter gekommen sind als zu wechselseitigen Handelspräferenzen.

Zwischen beiden Ländern werden neue zwischenstaatliche Leitungs- und Koordinierungsorgane eingerichtet: der Oberste Rat der Gemeinschaft (geleitet von den Präsidenten beider Länder), das Exekutivkomitee der Gemeinschaft souveräner Republiken und der Interparlamentarische Kongreß. Die Struktur dieser Leitungstriade erinnert wiederum an die dreigliedrige Struktur der zwischenstaatlichen GUS-Organen. Es ist vorgesehen, daß das Exekutivkomitee der Gemeinschaft – anders als das Zwischenstaatliche Wirtschaftskomitee der GUS und der Rat der Regierungschefs der GUS – über ausdrückliche supranationale Kompetenzen verfügen soll, u.a. soll es einen Finanzfonds für gemeinsame russisch-weißrussische Projekte besitzen. Ein Interview mit Experten aus dem Apparat zum Thema der neuen Gemeinschaftsorgane führte jedoch lediglich zu der Feststellung, daß "deren Funktionen im Rahmen der Koordinierungsmöglichkeiten bleiben". Bis jetzt sind die im Vertrag festgeschriebenen Artikel nur Absichtserklärungen der Vertragsparteien und erfordern noch zahlreiche weitere Verhandlungen und Abstimmungen. Insgesamt ist der Vertrag ein erster Schritt zu einer einheitlichen Wirtschaftspolitik, was tatsächlich ein Kriterium für einen hohen Integrationsgrad der Wirtschaften verschiedener Länder und ein Merkmal für eine Wirtschaftsunion ist. In der Praxis erweist es sich jedoch, daß die vertragliche Meßlatte zu hoch angelegt ist und der gegenwärtige Zustand der Wirtschaften Rußlands und Weißrußlands die Erfüllung der meisten Bedingungen nicht gestattet.

Auf die russisch-weißrussische Gemeinschaft trifft heute die Definition einer Zollunion zu, wenn auch mit einigen Vorbehalten. Was die Perspektiven für die Schaffung einer Währungsunion auf der Basis des russischen Rubel und eines einheitlichen Emissionszentrums (in Gestalt der Zentralbank Rußlands) angeht, so ist dies keine ganz reale und zudem in weiter Ferne liegende Perspektive, obwohl sich die Entwicklung des weißrussischen Rubel in Anbindung an den russischen Rubel völlig in die Situation fügt, in der die Zollunion beider Länder gefestigt und ein gemeinsamer Markt gebildet werden soll.

Somit ist es noch eindeutig zu früh zu behaupten, daß Rußland auf dem Weg der Integration mit Weißrußland gerade im wirtschaftlichen Bereich schon entscheidend vorangekommen sei – bislang gibt es keine Abkommen, die konkret realisiert werden. Gleichzeitig muß aber ein-

geräumt werden, daß von allen GUS-Ländern Weißrußland in der gegenwärtigen Etappe politisch am meisten bereit ist für engste Formen der Zusammenarbeit mit Rußland, was weitgehend einem subjektiven Faktor zu verdanken ist, nämlich dem persönlichen Streben des Präsidenten Lukaschenka nach Schritten zur Vereinigung. Sowohl in Rußland als auch in Weißrußland gibt es Gegner der heutigen "Sonderbeziehungen" zwischen beiden Staaten. Nicht auszuschließen ist, daß ein Machtwechsel, vor allem eine Entfernung Lukaschenkas aus dem Amt, den Kurs Weißrußlands radikal ändern kann. Die prowestlich gesinnte Opposition des Landes meint heute: "Lukaschenka macht die Souveränität zum Handelsobjekt", "Die Union mit Rußland wirft Weißrußland in die frühere Rückständigkeit zurück", "Weißrußland muß seinen eigenen Weg nach Europa und in die EU finden", "Für das kleine Weißrußland ist die Visegrad-Gruppe der GUS vorzuziehen".<sup>48</sup>

Vorerst sind in den bilateralen Beziehungen die alten negativen Tendenzen noch nicht überwunden, die weißrussische Verschuldung für Energieträger nimmt zu, und der russische Haushalt erleidet dadurch Verluste, daß sich Drittländer die Regelungen der Zollunion Rußlands und Weißrußlands zunutze machen. Gleichzeitig ist die Arbeit zur Schaffung zwischenstaatlicher Finanz-Industrie-Gruppen vorangekommen, es ist mit der Ausweitung der Zusammenarbeit im Finanzbereich begonnen worden (Gründung von Gemeinschaftsbanken), und russische Erdölgesellschaften aktivieren ihre Bemühungen um den Erwerb von Eigentum auf dem Territorium Weißrußlands. Daneben sind diese Tendenzen, insbesondere die Transnationalisierung, auch charakteristisch für die gegenwärtige Etappe der Wirtschaftsbeziehungen Rußlands mit den anderen GUS-Ländern, so daß von einer Sonderrolle dieser Regionalgruppierung nicht gesprochen werden kann.

---

<sup>48</sup> Lidija Kosikova, *Dialektika integracii*, in: *Vlast' v Rossii*, Nr. 26/1996, S. 21-22.

**Ruslan Grinberg and Lidija Kosikova****Russia and the CIS****In Search of a New Model for Economic Co-operation**

Bericht des BIOst Nr. 50/1997

**Summary***Introductory Remarks*

In December 1996 the Commonwealth of Independent States (CIS) celebrated the fifth anniversary of its foundation. During those five years both Russia's economic relationship with the other former Soviet republics and the CIS states' economic ties with the rest of the world underwent a number of fundamental changes.

*Firstly*, ties within the CIS, which had evolved under a uniform, centrally planned economic system, quickly and irreversibly lost the character of internal economic relationships that they had previously had. Since the final collapse of the "ruble zone" in 1993 economic relations between all the CIS states have acquired the status of relations between foreign states and are conducted in accordance with the principles of world trade.

*Secondly*, economic relations between the CIS states are today based on the principle of respect for one another's sovereignty and national interests irrespective of their economic potential. When operating in the post-Soviet area, all of the CIS states, even the very smallest, adhere to their own ideas of economic expediency – and this applies even to economic relations with Russia.

*Thirdly*, the former Soviet region – i. e., Russia and its partners in the CIS and the Baltic States – has ceased to be an economically self-sufficient trading zone inaccessible to the international community. Regarded until recently as an "untapped zone for the world market", this huge territory has in the wake of ongoing political and economic reforms suddenly become closely involved in global economic processes. The CIS market is now becoming the scene of fierce competition among international monopolies and multi-national corporations, and it is here that the interests of international and Russian business confront each other headlong. The opening of the CIS markets happened very abruptly, with hefty repercussions for the CIS states' internal and external economic development.

*Fourthly*, the opening up of the CIS market has given rise to a process of differentiation in what was previously a homogeneous economic structure, with the result that various subregions and smaller economic groupings have emerged, some involving Russia, others not.

All of these tendencies need to be analysed and patterns identified, for the opinions of experts, particularly regarding the economic integration of the region, diverge considerably.

The authors of the present report aim to describe the current state of economic ties between Russia and the CIS states and the main changes that have taken place since the break-up of the USSR (i. e., the period from 1992 through 1996). They also set out to show the main disintegrative and integrative tendencies, to compare the process of economic co-operation in practice with the ideal models used and with the concepts for multilateral co-operation discussed among political elites as well as to outline various scenarios for how relations between Russia and the other CIS states might look in the near future. In so doing they consider both attempts to bring about integration "from below" and political pressure exerted "from above".

### *Findings*

1. The state of regional trade vis-à-vis trade with countries outside the region is the most important indicator of shifts in relations between the CIS states. An analysis of trade between Russia and the other CIS states during the period 1992-1996 reveals that it went through a number of different phases. Beginning with a deep recession lasting from 1992 through 1994, trade then stabilized in 1995 and gradually began to expand in 1996. Although the disruption of ties is already past its peak, the general tendency is still a disintegrative one. While trade has increased slightly, mainly as a result of price increases for the goods being delivered, all the CIS states, without exception, are pursuing new directions in foreign trade and are moving further and further away from one another.  
In terms of their share of goods turnover as a whole (approx. 25% in 1996) the CIS countries are no longer Russia's primary trading partners, just as Russia is no longer the dominant foreign trading partner for the CIS states. The turnover of goods with Russia ranges from a mere 4% for Turkmenistan to 15-23% for Azerbaijan, Armenia, Kyrgyzstan and Uzbekistan and 40-47% for Moldova, Kazakhstan, Ukraine and Belarus. Under market conditions and the liberalisation of foreign economic relations, the so-called economic interdependence factor has proved to be an extremely unstable one.
2. The mechanisms of trade have also changed radically and the former system of trade has been almost completely discarded. The withdrawal of the state from economic processes has meant that the former system of compulsory deliveries has been replaced by cross-border trade. In the first quarter of 1996 the share of the state in the total volume of trade between Russia and the other CIS states was only 0.5%, compared with 10% in 1993 and 4-6% in 1995.
3. Trading procedures differ sharply within the CIS. In practice, almost every pair of countries (Russia-Belarus, Russia-Ukraine and Russia-Azerbaijan, for example) operates according to a different set of regulations, each with its own restrictions and exceptions and import and export tariffs. In addition to these bilateral arrangements there are also several regional economic groupings that have formed a kind of customs union – e.g., the bilateral union between Russia and Belarus or the quadrilateral union consisting of Russia,

Belarus, Kazakhstan and Kyrgyzstan – that have their own sets of rules. This makes the co-ordination of foreign economic policy in the region all the more difficult.

The methods of payment between the members of the CIS have also changed radically. Bilateral exchange clearing, payment via correspondence accounts at the central banks and direct barter deals between the producers of goods are all a thing of the past. Nowadays, the main method of payment is in national currencies via correspondence accounts at commercial banks, which accounted for 55% of all payments in 1995 as opposed to 15% in 1993.

4. In contrast to trade, where the trend is towards disintegration, production and finance are showing tendencies towards integration, albeit still rather weak ones, which have been stimulated by market-oriented economic reforms. The efforts of the business and finance sector to bring about integration are being hampered at the micro-economic level by a number of political and economic factors. Nevertheless, Russian companies and banks are establishing an ever more tangible presence in the CIS economies.
5. Russia's foreign economic policy towards the countries of the CIS changed between 1992 and 1996, becoming more pragmatic and more flexible. It also took greater account of the heterogeneous nature of the post-Soviet economic area as well as of Russia's own interests and potential in bringing the states of the commonwealth together into a competitive, integrated grouping.

At the same time the "Strategic Policy of Russia towards the Members of the Commonwealth of Independent States", which acquired the status of an official doctrine via a decree of the Russian president issued on 14 September 1995, is still plagued by an excessive amount of idealism, based as it is on ideal values rather than actual ones. Although the realisation of a concept for the gradual formation of an economic union of the CIS states has been sluggish and extremely ineffective, no other models for co-operation have been discussed at the official level. The most recent policy adjustment was limited to a formula for a multi-track and multi-tiered integration process for the CIS, based on the extent of each member's willingness to co-operate more closely with Russia.

6. What has been achieved in the economic integration of Russia and the other members of the CIS is the establishment of two economic unions during 1995 and 1996: the quadrilateral customs union consisting of Russia, Belarus, Kazakhstan and Kyrgyzstan and the union of Russia and Belarus. However, as analyses have shown, the quadrilateral union is hampered by a large number of inner contradictions of a purely economic nature, making it an extremely unstable and unattractive customs union for the other CIS states. Even less clear is the economic nature of the Russian-Belarusian dyad which is regarded as the most advanced form of economic integration. Both unions still show a very low level of co-ordination in the implementation of economic policy, including foreign trade policy. This attests both to the vulnerability of these associations as multi-lateral entities and to the chiefly political, rather than economic motives for their creation.